

Bezugspreis:
Hefebest. 150.- M., monatl. 50.- M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Bezug: Monatlich 50.- M., einjährl.
Stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Ostpreußen, Danzig, Ost-
preußen, sowie Österreich u. Luxemburg
84.- M., für das übrige Ausland
102.- M.
Bestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Est-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Italien, Jugoslawien, Österreich,
Schweiz, Schweden, Tschechoslowakei
und Ungarn.

Der "Vorwärts" mit der Sonntags-
beilage "Welt und Zeit", der Unter-
haltungsbeilage "Reinwelt" und der
Beilage "Stellung und Kleingarten"
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
"Sozialdemokrat Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Komposition
kostet 18.- M. - Kleinanzeigen 50.- M.
"Kleinanzeigen" das letzte Blatt
Blatt 1.- M. (zwei bis zwei
Zeilen), jedes weitere Wort
2.- M.
Stellungsgeld und
Stellungsgeld das erste Wort 2.50 M.,
jedes weitere Wort 2.- M.
Werte
über 10 Buchstaben zahlen für zwei
Worte. Familien-Kupons für Abonn-
menten Seite 8.- M.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Redaktion Moritzplatz 15195-97
Fernsprecher: Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 20. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Kampfbereitschaft!

Sozialdemokratische Erklärung im Reichstag zum Brotpreis.

Während das Haus nur mühsam befehligt ist - es ist Montag
und keine Abstimmung zu erwarten - staut sich auf den Trib-
ünen die Wut an. Auf der Regierungsbank sitzt
der Reichsernährungsminister Fehr mit seinen Referenten.
Nach einem kurzen Vorspiel beginnt die erste Lesung des Ge-
setzentwurfes über die Getreideumlage, und
als erster Redner erhält unser Genosse Krähig das Wort.

Es war eine Rede, die durch ihre gründliche Sachlichkeit
und den tiefen sittlichen Ernst, von dem sie getragen war, an
die besten Zeiten des deutschen Parlamentarismus erinnerte.
Krähig stellte das Problem ganz scharf und klar: hier die ge-
waltigen Massen der Verbraucher, die unter der schweren Last
der Teuerung leidend daherschreiten, dort die großen länd-
lichen Grundbesitzer, die daraus bestehen, von den Gewinnen,
die ihnen die Weltkonjunktur verspricht, keinen Pfennig zu
verlieren, mag daraus auch werden, was will. Er ließ keinen
Zweifel daran, daß die Sozialdemokratische Partei entschlossen
ist, den Kampf bis aufs Letzte durchzuführen und den groß-
agrarischen Terror niederzujagen, sei es auch durch das
Mittel eines Appells an das Volk. Es wäre im Fall
der Ablehnung auch das einzige Mittel, viel schlimmere Folgen
abzuwehren, die unfehlbar eintreten müßten, wenn sich im
Herbst eine beginnende Industriekrise mit einer neuen wahn-
sinnigen Steigerung der Lebensmittelpreise vereinigen würde.

Wenn der deutschnationalen Redner später erklärte, Genosse
Krähig habe mit dem Bürgerkrieg gedroht, so weiß jeder-
mann, daß die Rede gehört hat, daß das eine Unwahrheit ist.
Rein, wir drohen nicht mit dem Bürgerkrieg, aber es war die
unabweisbare Pflicht des sozialdemokratischen Redners auf die
von uns nicht gewollten verhängnisvollen Folgen hinzuweisen,
die eine Ablehnung der Getreideumlage haben müßte, wenn
nicht eben in diesem Fall das Ventil der Reichstags-
aufsichtung geöffnet würde. Krähigs Rede hat ihren Zweck
erreicht, wenn sie weitesten Kreisen verständlich gemacht hat,
daß eine Ablehnung der Vorlage einen anderen Ausweg als
den von sofort anzuberaumenden Neuwahlen nicht offen
lassen würde.

Der Beifall der Tribünen, der dem sozialdemokratischen
Redner dankte, kam unserer Fraktion unerwartet und über-
raschend. Er zeigte die unmittelbare Wirkung der Rede und
war ein Zeichen dafür, daß es draußen im Volk lebendig
wird, lebendiger als in dem sommerlich übermüdeten Reichs-
tag. Wird es gewünscht, dann sind die Massen bereit, zur
neuen Wahlschlacht zu marschieren und zu schlagen.

Da der Ernährungsminister Fehr erst im weiteren Ver-
lauf der Debatte das Wort nehmen will, kam gleich nach
Krähigs großer Antrittsrede der Angeklagte selbst zu Wort.
Und unter diesem Gesichtspunkt gesehen, war es nur kon-
sequent, daß die deutschnationalen Partei als ihren Redner
keinen anderen als den Vorsitzenden des Reichs-
landbundes, Herrn Roessike, vorschickte. Die städtischen
Anhänger der Deutschnationalen, Beamte, Angestellte, Mittel-
ständler aller Art werden freilich erstaunt sein, daß in dieser
Debatte als ihr Vertreter ein Mann erscheinen konnte, der
den Kampf für das teuerste Brot zu seiner Lebens-
aufgabe gemacht hat. Wir fassen die Wahl dieses Redners
und den Inhalt seiner Rede so auf, daß die deutschnationalen
Partei im Interesse ihrer großagrarischen Beschützer auf ihren
städtischen Anhang zu verzichten bereit ist. Anders wäre es
ja kaum zu verstehen, daß eine Partei, die sonst stets groß-
mächtig verhielt, die Interessen aller Beschäftigtenkreise
zu vertreten, sich von einem Mann repräsentieren läßt, der
seit Jahrzehnten aller Welt als Befechter engster großagrari-
scher Berufsinteressen bekannt ist.

Was Dr. Roessike zu sagen hatte, konnte natürlich keinen
überraschen, der noch seine Reden aus dem Zirkus Busch in
Erinnerung hat. Man kann sagen: jedes andere Mitglied der
deutschnationalen Fraktion wäre in diesem Fall als Redner
interessanter gewesen. Ein Großindustrieller, der für die Er-
höhung seiner Produktionskosten und für katastrophale Er-
schütterung der Wirtschaft plädiert, ein Vertreter der Beamten,
der Angestellten, der Arbeiter - die deutschnationalen Fraktion
behauptet ja auch solche zu besitzen - der für einen Brotpreis
von 45 M. eintritt, sie alle hätten durch die Art, sich mit solchen
Dingen abzugeben, mehr Spannung erregen können als Herr
Roessike, von dem man ja weiß, daß für ihn die Dicke der
großagrarischen Brieftasche das einzige Barometer für das
Glück der Menschheit ist.

Die Geschichte ist voll von Beweisen menschlicher Dumm-
heit. Wäre dem nicht so, man müßte es für unmöglich halten,
daß auch nur ein einziger städtischer Verbraucher den Fahren
einer Partei folgte, die sich gestern als die Partei des groß-
agrarischen Profitstrebens demaskierte hat.
Nach der Rede des Unabhängigen Horn, die mit etwas
stärkeren Worten, aber mit geringerer Wirkung wiederholte,
was Genosse Krähig schon gesagt hatte, trat eine Ueber-

rassung ein. Keine der bürgerlichen Mittelparteien konnte
sich entschließen, das Wort zu nehmen, und so verfiel die
Sitzung nach etwa dreistündiger Dauer der Beratung. Hier-
auf traten sämtliche Parteien mit Ausnahme der
Sozialdemokratie zu Fraktionsitzungen zusammen.
Auch das kennzeichnet die Situation. Die Sozialdemokraten
sind sich schon am Freitag in einer Debatte, die völlig einmütig
verlie, über ihre Haltung einig geworden. Ihr Weg liegt klar
vor ihnen. In allen anderen Fraktionen hat man noch damit
zu tun, innere Gegensätze auszugleichen und sich, schlecht ober
recht, mit der Situation abzufinden, die sich aus der drohenden
Reichstagsauflösung ergibt.

Mit dieser Situation beschäftigte sich auch gestern die ge-
samte Presse. Das "Berliner Tageblatt" rechnet seinen agrari-
schen Parteifreunden vor, daß der übergangslose Sprung in die
steile Wirtschaft einen Brotpreis von rund 60 Mark
ergeben würde, und warnt eindringlich vor Katastroph-
politik. Die "Germania" wieder redet den Zentrumagrariern
gut zu, sie klagt über "bedenkliche Uneinigkeit", die auf dem
Wege der Verständigung beseitigt werden müsse. Damit sind
wir, wie schon oft gesagt, einverstanden, vorausgesetzt, daß die
Verständigung auf halbarter Grundlage erfolgt, das
heißt, daß der Marktbrotpreis erheblich unter dem freien
Preis festgesetzt wird. Wer unserer Partei Katastrophen-
eignung nachsagt, rechnet nicht mit ihrem oft erwiesenen
Verantwortungsgefühl. Aber wenn die Getreideumlage ab-
gelehnt oder nach bekannnten agrarischen Rezepten kastriert
wird, dann bleibt nur die Wahl zwischen der politischen Kata-
strophe jener Parteien, die an einem solchen Ausgang
die Schuld tragen, und einer allgemeinen Wirtschafts- und Volk-
katastrophe. Da wir die zweite zu verhindern bestrebt sind,
müssen wir die erste wollen. Käme es wirklich zur Auflösung,
so würden wir Sozialdemokraten mit dem beruhigenden Ge-
fühl in den Wahlkampf gehen, daß in ihm die Parteien der
agrarischen Volksausbeutung unmöglich mehr Prügeln be-
kommen können, als sie verdienen.

Der Reichstag nahm gestern die Sitzung um 3 Uhr nach-
mittags auf. Der Antrag aller Parteien auf Sicherstellung
derjenigen Sachen, die aus Anlaß der Abstimmung aus öffentlichen
Mitteln für Oberschlesien beschafft worden sind, wird in allen drei
Lesungen angenommen.

Das Haus tritt dann in die erste Beratung des Gesetzesentwurfes
über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922
(Getreideumlage) ein. Der Gesetzesentwurf sieht vor, daß
wieder wie im Vorjahr 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide im Zwangs-
umlageverfahren aufgebracht werden sollen. Landwirtschaftliche
Betriebe bis zu 5 Hektar Größe sollen von der Lieferpflicht befreit
sein. Der Kreis der Versorgungsberechtigten wird insofern be-
schränkt, als neben Selbstverforgern auch diejenigen Personen nicht
verforgungsberechtigt sein sollen, bei denen nach ihren eigenen oder
nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen desjenigen, der
für ihren Unterhalt zu sorgen verpflichtet ist, ein Bedürfnis, Brot im
Wege der öffentlichen Versorgung zu erhalten, nicht anerkannt wer-

Beschlüsse der 2. Internationale.

Internationaler Kongress in Hamburg im Oktober.

London, 19. Juni. (Reuter.) Die Konferenz der Zwei-
ten Internationale nahm heute vor Beendigung ihrer
Verhandlungen folgende Entschlüsse an:

1. Angesichts des Mangels an Treue und Glau-
ben seitens der Dritten Internationale, die die internationale
Gewerkschaftsbewegung zerlegt, die sozialistische Internationale
angriff, die auf der Berliner Konferenz bezüglich der politischen
Prozesse in Moskau gegebenen Zusagen brach, und das bedin-
gungslose Versprechen, die Dokumente über Georgien einem
Delegiertenauschusse vorzulegen, zurückzog, kann die Konfe-
renz nicht länger an den Bemühungen teilnehmen, mit der
Dritten Internationale zu einem internationalen Abkommen
zu gelangen.

2. Eine allgemeine Konferenz der sozialistischen
und Arbeiterparteien tritt im Oktober in Hamburg zu-
sammen, um die Wiederherstellung internationaler Gesichts-
punkte zu erwägen, welche in der Angelegenheit des europäi-
schen völkischen und ökonomischen Aufbaues die sozialistischen
und Arbeiterparteien zu einigem geeinigt sind.

3. Die Konferenz verpflichtet sich zur Unterstützung
der Umserdamer Gewerkschaftsinternatio-
nale bei ihrer Verteidigung der Arbeit gegen den Kapitalis-
mus.

Zuletzt nahm die Konferenz noch eine von Bibaut (Hol-
land) eingebrachte und von Dittels (Deutschland) unter-
stützte Entschließung an, die die Notwendigkeit betonte, die Or-
ganisation des Völkerbundes zu stärken, um die Ueber-
windung zu erleichtern und die internationale Verteilung der Rohstoffe
und der zum Leben notwendigen Waren zu organisieren.

den kann. Für die zweite Hälfte des Lieferfalls ist eine neue Preis-
festsetzung vorgesehen, falls sich ergibt, daß die für die erste Hälfte
festgesetzten Preise infolge veränderter Wirtschaftslage nicht mehr
treffen. - Als erster Redner kommt

Abg. Krähig (Soz.)

zu Wort: Die Regelung der Getreidewirtschaft, wie sie der Regie-
rungsentwurf vorschlägt, ist seit Monaten heiß umstritten worden.
Die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen und der Getreidegroß-
handel sind beide scharfe Gegner dieser Regelung, während auf der
anderen Seite die unversorgte Bevölkerung, unterstützt
durch die kommunalen Körperschaften und durch ihre
wirtschaftlichen Organisationen, von der Regierung verlangt, daß
die Versorgung des Volkes mit diesem wichtigen Nahrungsmittel,
dem Brot, nicht der wirtschaftlichen Anarchie überlassen
bleiben. Bei objektiver Würdigung der Gründe, die zu der ver-
schiedenartigen Stellungnahme führen, bekommt man sofort den Ein-
druck, daß alles sittliche Recht in dieser Frage in der Stellung-
nahme des unversorgten Volkes liegt. Es ist die berechnete Sorge
der Menschen um das nackte Leben, die Veranlassung gibt, diese Re-
gelung zu fordern. Auf Seiten der Landwirtschaf-
tlichen Organisationen dagegen ist es nur die Sorge um das Eingehen noch
größerer Gewinnes. Die Landwirte wollen das vom Landbund
geleitete private Getreidemonopol, das ganz in den Profite-
bienst der Großagrarien gestellt werden soll. Es kann gar keine
Frage sein, auf welcher Seite sich der Reichstag hier stellen soll. Die
Priorität hat hier das Volk zu beanspruchen, das die ganze Volks-
kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellt und besorgt ist, daß diese
Voltskraft geschädigt wird, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß dieses
wichtige Nahrungsmittel gesichert ist. Wenn die landwirtschaftlich
benutzte Fläche bis 5 Hektar, so wie es die Regierungsvorlage vor-
schlägt, von der Umlage frei bleibt, so scheiden schon dadurch rund
3 1/2 Millionen Klein- und Mittelbetriebe der Landwirtschaft aus.
Wir Sozialdemokraten sind bereit, die Betriebe bis 10 Hektar, also
bis 40 Morgen, frei zu lassen, so daß von rund 5 Millionen landwirt-
schaftlicher Betriebe 4 Millionen freigesetzt würden.

Die Besitzer der kleinen und mittleren Betriebe,

zirka vier Fünftel, werden, wenn es nach uns geht, von der Getreide-
umlage gar nicht erfaßt. Damit bricht auch die Demagogie des
Landbundes, die kleinen und mittleren Bauern vor den Karren der
Großagrarien zu spannen, vollkommen zusammen. Niemand von
uns will, daß etwa der Landwirt das Ergebnis seiner Arbeit unter
den Weltmarktbedingungen und ohne Nutzen abliefern soll. Er soll auch
beim Umlagegetreide auf seine Rechnung kommen. Aber es
ist einfach nicht zu ertragen, wenn der Reichstag den Landwirt,
alles Getreide müsse mit dem Maße des Weltmarktpreises, aus-
gewogen werden. Das würde dazu führen, daß das Bierpund-
brot beim heutigen Stand der Weltmarktpreise mit 45 bis 50 M.
und darüber bezahlt werden müßte. Wir wissen ja gar nicht,
wie die Dinge sich gestalten werden, ob nicht in den nächsten Wochen
und Monaten ein neuer Marktsprung eintritt, dann würden ja
ganz unhaltbare Zustände entstehen. Eine stoffliche Fa-
mille müßte schon bei den gegenwärtigen Preisen pro Woche 250 M.
aufbringen, um sich überhaupt Brot kaufen zu können.

Unser werktätiges Volk hat bei der Steuererhebung größtes
Verständnis für die Staatsnotwendigkeiten bewiesen. Durch die
bedrückende Steuerlast hat es sich angenommen in der Erkenntnis, daß
große Opfer gebracht werden müssen, um das Reich zu retten.
Aber ein Sturm der Entrüstung würde diejenigen spürlos
hinwegfegen, die sich unterwerfen wollten, dem wertvollen Volke
50 Mark für ein 1000-Gramm-Brot abzunehmen, damit die Groß-
grundbesitzer Riesengewinne machen können. So weit kann die
Geduld des Volkes nicht gehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist keine
Regierung möglich, eine solche Angelegenheit auch nur zu wagen,
ohne von dem Jörn des Volkes einfach hinweggesetzt zu werden.
Das ist auch der Regierung bekannt, und wenn die Regierung er-
klärt hat, sie könne sich nicht dazu verstehen, ohne weiteres die freie
Wirtschaft in Brotgetreide durchzuführen, so ist das durchaus ver-
ständlich, und es ist auch erklärlich, wenn sich die Regierung mit
dem Gedanken trägt,

Dann lieber den Reichstag auflösen

und Neuwahlen vorzunehmen, um das Volk selber über diese Dinge
entscheiden zu lassen.

Es ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn der
Landbund sagt, im vorigen Jahr habe die Landwirtschaft beim Um-
lageverfahren 1 1/2 Milliarden Mark Geld zulegen müssen. Herr
Dr. Obersohn hat am 31. August a. J. einen Artikel ge-
schrieben über die Getreideumlage in Schleswig-Holstein. Darin sagt
er, daß infolge des Mißwachses der Ernte des Jahres 1921 die Höhe
von 1920 keinesfalls erreicht werde. In Wirklichkeit hatten wir aber
gegenüber 1920 eine Mehrernte von 3 714 000 Tonnen Roggen
und Weizen und 247 000 Tonnen Hafer und Gerste. Wir hatten also
an Roggen und Weizen eine Mehrernte, die anderthalbmal
so hoch war wie die ganze Getreideumlage des
vorigen Jahres. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sodann muß doch
gesagt werden, daß 45 Proz. Nutzen schon ein ganz annehmbarer
Nutzen ist. Aber das ist ja gar nicht der wirkliche Nutzen - der
wirkliche Nutzen ist weit höher. Die Roggen- und Weizenmenge
betrug 1921 etwa 10 Millionen Tonnen. Nur ein Viertel dieser
Menge ist zum Umlagepreis verkauft worden. Rechnen wir einmal
dieselbe Menge von 2 1/2 Millionen Tonnen für die Selbstverfoger
und 1 Million Tonnen für die Saatweide, so bleiben noch mindestens
4 Millionen Tonnen von diesem Brotgetreide, das zu weit höherem
Preise verkauft worden ist. Ich gehöre nun nicht zu denjenigen, die
alle Schuld an diesen hohen Preisen auf die Landwirtschaft schieben.

Auch der sogenannte ehedem Handel trägt kein vollgültiges Recht daran.

Wenn es richtig ist, was der Direktor Hopf in Landberghofheim in der 'Fränkischen Scholle' am 15. März d. J. sagt, nämlich daß der Handel an Roggen und Weizen 20 000 M. bis 40 000 M., ja sogar 50 000 M. am Waggon verdient, so ist das doch geradezu unerhört.

Da die Landwirtschaft ohne Zweifel eine starke Abnutzung der Arbeitsmittel aufzuweisen hat, so ist es auch die Pflicht der Regierung, wie es um die Preisgestaltung dieser Arbeitsmittel bestellt ist, nachzuprüfen. Wenn es richtig ist, was Herr Direktor Hopf in der eben genannten Zeitschrift sagt, daß die Maschinenfabriken und die Fabriken solche unerhörten Preise fordern, wie z. B. für eine Grasmähmaschine, die im Frieden 230 bis 250 M. gekostet hat, im vorigen Jahre 1700 bis 2500 und jetzt 10 000 bis 15 000 M. gefordert werden, so meine ich, muß man auch da einmal nach dem Rechten sehen und darf die Dinge nicht so weiter laufen lassen. Es war schon lange unsere Ueberzeugung, daß man der Eisenindustrie viel zu viel Spielraum im Rahmen von Gewinnen ließ.

In den Publikationen des Landbundes entrüftet man sich, und zwar mit Unrecht, über den hohen Preis für Kunstdünger. Wer ist denn daran schuld? Sind es nicht diejenigen, die damals unsere Anträge abgelehnt haben, den Kunstdünger zu verbilligen? Hat nicht der ehemalige preussische Landwirtschaftsminister Otto Braun, der letzte Ministerpräsident, hier den Antrag gestellt, 1 1/2 Milliarden zu bewilligen, um den Kunstdünger im Preise herabzusetzen? Nun sagen die Gegner der Regelung, die hohen Preise für Getreide seien den Landwirten gar nicht zuteil geworden. Auch das ist falsch. Kürzlich sprach ich mit zwei Landwirten aus Schlesien, von denen einer sogar Kreisvorsitzender des Landbundes ist, und sie sagten mir das folgende:

„Es ist noch immer so wie früher, wir kleineren werden von den Großen einfach über's Ohr gehauen. Im vorigen Jahre sind die Großlandwirte gekommen und haben uns das Getreide zu dem damaligen niedrigen Preis abgekauft. Und mit diesem billigen von uns gekauften Getreide haben sie ihr Kleingeld erledigt, um ihr Getreide behalten zu können, das sie jetzt zu hohen Preisen verkaufen haben.“

Das sagen die Mitglieder aus den kleineren landwirtschaftlichen Betrieben, die Mitglieder des Landbundes selbst, und das ist sehr wichtig für die Beurteilung der Frage, ob der Landbund in der Lage sein wird, wie er es verspricht, aus eigener Initiative die Möglichkeit zu schaffen, der Regierung bis zu einem bestimmten Termin ein bestimmtes Quantum von Getreide zur Verfügung zu stellen. Diese Möglichkeit besteht nicht; denn die Landwirte sind mißtraulich geworden, sie befürchten wieder im Interesse der Großgrundbesitzer über's Ohr gehauen zu werden und werden sich dem nicht fügen. Der Landbund hat in den Fragen, wo es sich um das stützende Joch der Volkssolidarität handelt, in den Fällen also, wo für die Allgemeinheit ein materielles Opfer gebracht werden soll, die Landwirte nicht in der Hand; denn er hat ja die Landwirte im Landbunde nicht zum Geben, sondern zum Nehmen erzogen. Herr Dr. Rütz, Oberbürgermeister der Stadt Jittau, berichtet in der Nummer vom 23. April 1922 in der 'Jittauer Morgenzeitung' folgendes: „Der landwirtschaftliche Bezirksvorstand des Regierungsbezirks Bautzen halte sich unter dem 4. Oktober nach einer in der Kreishauptmannschaft Bautzen stattgefundenen Sitzung bereit, daß an bestimmte Verbraucherorganisationen Kartoffeln zu einem Preise von höchstens 45 Mark für den Zentner geliefert werden sollen. Trotzdem die Zeitung des landwirtschaftlichen Bezirksverbandes, sowie der Landeskulturrat alles getan haben, was in ihren Kräften stand, hat sich damals nur ein ganz kleiner Teil der Landwirte an die Beschlässe des Bezirksverbandes gehalten. Kartoffeln zu 45 M. für den Zentner sind damals nur von ganz wenigen Landwirten abgegeben worden. Wohl aber wurden Saatkartoffeln für 62 Mark den Zentner angeboten.“ Das Verhalten der Landwirtschaft war damals für den Herrn Kreishauptmann v. Wallwitz-Hoffa, der selbst Landwirt ist, Anlaß zu folgender Feststellung:

Wenn jetzt die große Mehrheit der Landwirte in verständiger Mitsprachefähigkeit sich lediglich von Gewinnsucht leiten und die Rücksichten auf das Gemeinwohl gänzlich außer acht läßt, so brauche ich auf die Gefährlichkeit einer derartigen Haltung nicht hinzuweisen. Die Gefahr, daß die Massen die Geduld verlieren und zur Selbsthilfe schreiten, ist außerordentlich nahe gerückt.

Was Herr Dr. Rütz sagt, sollte doch auch den Herren von der Demokratischen Partei, die auf einem anderen Standpunkt stehen,

zu denken geben. Wenn Dr. Rütz zu dem Ergebnis kommt, daß die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben werden dürfe, so sollte man das einem Fraktionskollegen gegenüber doch so bemerken, daß man ihn in seiner Verwaltungspraxis selbst nicht in die allergrößten Schwierigkeiten hineinbringt.

Die Sicherung der Brotgetreidemenge ist nötig, weil das Reich gar nicht in der Lage ist, für die Versorgung etwa durch Zufuhr aus dem Auslande rechtzeitig Sorge zu wagen. Der Landbund sagt, es bedeute eine Sondersteuer für die Landwirtschaft, wenn nicht für alle ihre Erzeugnisse der Weltmarktpreis genommen werden kann. Auch das ist ein hohles Schlagwort, dem jede moralische Stütze fehlt. Anfang März 1920 war der Preis gestiegen gegenüber dem Friedenspreis vom Jahre 1913 beim Weizen auf das 60fache, beim Roggen auf das 53fache usw. Aber wie sind denn die Löhne der Landarbeiter gestiegen? Die Löhne der Deputatarbeiter stiegen nur um das 8. bis 11fache, und die Löhne der Arbeiterinnen um das 8. bis 20fache der Friedenslöhne. Wenn es der Landbund als eine Sondersteuer betrachtet, daß der Landwirt in Großbetrieben für einen kleinen Teil seiner Erzeugnisse auf Goldwertzahlung verzichten soll, so leisten auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten eine enorme Sondersteuer, indem sie weit unter dem Goldlohn arbeiten müssen. Der Reallohn der Arbeiter ist heute ein geringerer als vor dem Kriege und deshalb am geringsten ist der Reallohn der Landarbeiter.

Wir werden im Sinne der Regierungsvorlage im Ausschuss an die Beratung herantreten. Ueber Einzelheiten, die uns an der Vorlage nicht gefallen, werden wir im Ausschuss reden. Das Deutsche Reich geht nicht zugrunde, wenn neben 98 Proz. Bedürftigen auch 2 oder 3 Bemittelte einmal wöchentlich ein etwas billigeres Brot essen, aber es geht sicher zugrunde, wenn man die Regelung der Brotversorgung unterläßt und dadurch

50 Prozent unseres wertvollen Volkes zum Hunger verurteilt.

Damit ist auch die neueste Interpellation der Herren Deutschnationalen als Schaumschlägerei bereits charakterisiert. Sie, die Sie in dieser Interpellation die Regierung fragen, was sie zu tun gedenkt, um die Lebensmittelversorgung des Volkes „planmäßig“ zu sichern, gerade Sie tun ja planmäßig alles, um diese Sicherung, die die Regierung will, zu hintertreiben, und Sie kommen dann obendrein und interpellieren die Regierung, was sie machen will.

Wer war es denn, der zum ersten Male nach einer Regelung der Getreidewirtschaft durch das Reich rief? U. a. verlangte Herr Graf Westarp am 12. März 1915 im Hauptausschuss des Reichstages den amtlichen Eingriff in Produktion und Konsumtion. Er sagte damals: „Ohne Zwang und ohne Kontrolle der Erzeuger ist ein Durchhalten unmöglich.“ Jetzt glauben Sie, Ihre Haut einigermaßen geschickt zu haben, und die übrigen mögen sehen, ob sie in dem Sumpf stehen bleiben, in den sie hineingeführt worden sind, oder wie sie sonst herauskommen. Herr Deutschnationaler Dr. Hoepf von der Deutschnationalen Partei rühmte im Jahre 1916 in seinem Buche „Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit“, daß die Produzenten die Regelung der Brotgetreidewirtschaft und die Sicherstellung des Konsums zuerst gefordert hätten. Ja, der deutschnationale Agrarierführer Dr. Schlittenbauer hat die Getreidezwangswirtschaft am 5. Januar 1914 im bayerischen Landtage geradezu gefeiert, und er hat am 5. Februar 1916 verlangt, daß zur Durchführung der Absteigerung nicht Befreiungsgewährungen gewährt werden, sondern die Enteignung durchgeführt würde.

Meine Damen und Herren, ich spreche mit dem, was ich jetzt sage, keine Drohungen aus. Ich warne nur in der letzten Minute. Mit heiligem Zorn verfolgt die deutsche Arbeiterschaft die feindseligen Provokationen aus jenem Lager. Nehmen Sie die Vorlage ab, dann sehen Sie sich aber bewußt, daß Sie unser Volk in die größte Katastrophe hineinrücken, die es jemals durchgemacht hat. Sie wissen, daß der erwartete Ausfall der Exportaufträge in diesem Jahr zu einem großen Teil Beginn der Arbeitslosigkeit bedeutet, und wenn Sie dann noch ein fünfzigmark-Brot von der monopolisierten Getreidewirtschaft der Großagrarien bringen, dann können Sie sicher damit rechnen, daß das etwas ist, was nicht getragen werden kann. Denn, wenn es so weit wäre mit der Arbeitslosigkeit, wie wir sie vor uns haben, wenn es heißen wird: Durch den Balutajump hindurchmarschieren, durch den wir hindurch müssen, wenn wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen wollen, und wenn Sie das Volk dann in dem Augenblick, wo es sich durch diesen Balutajump hindurcharbeiten soll, mit solchen unerhörten Preisen für das wichtige Lebensmittel überfallen, dann heißt das einfach, daß Hunderttausende glatt verhungern müßten. Ehe es ans Verhungern geht, kommt aber etwas

anderes. Ich sage es in aller Ruhe heraus, damit Sie wissen, was Sie sind:

Ehe es ans Verhungern geht, kommt der Bürgerkrieg. Und was der Bürgerkrieg in diesem Zeitpunkt bedeutet, wissen Sie. Er bedeutet den vollkommenen Zusammenbruch. Das wollen wir nicht! Deshalb warnen wir Sie in dieser Minute und bitten, von Ihrem Beginnen abzulassen und mit uns diese Vorlage anzunehmen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind gewarnt; sie stehen bereit zur Abwehr. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Händeklatschen auf der Tribüne.)

Abg. Dr. Köfide: Im Kriege sind wir für die staatliche Brotversorgung eingetreten. Die Umlage bringt uns kein Getreide, sondern nur die Produktionssteigerung. Die Vorlage ist praktisch gar nicht durchführbar. Die Brotverteuerung ist nicht Schuld der Landwirtschaft. Wir lehnen die Vorlage ab und überlassen die Verantwortung denjenigen, die in so unerhörter Weise die deutsche Wirtschaft gefährdet haben. (Beifall rechts.)

Abg. Horn (U. Soz.): Die von den Agrariern geforderte Wirtschaftsfreiheit ist in Wirklichkeit nur die Freiheit zur Ausplünderung des deutschen Volkes. Wir verlangen von der Regierung Schutz gegen den Brotmangel. Der Redner stimmt schließlich der Vorlage zu, die das Mindestmaß dessen sei, was verlangt werden muß. Die Arbeiterschaft werde geschlossen den Kampf gegen den Brotmangel aufnehmen.

Nach 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Das Volksbegehren in Sachsen.

Dresden, den 19. Juni. (M.B.) In der Zeit vom 6. bis 19. Juni lagen in ganz Sachsen die Eintragungslisten zum Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volksentscheides über die Aufhebung des Landtages auf. Um das Volksbegehren wirksam zu machen, muß gefehlt ein Zehntel der bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten ihre Namen in die aufgelegten Listen eintragen. Dieses Zehntel beträgt rund 297 000. Die Parteien der Listen hatten ihre Anhänger aufgefordert, sich nicht am Volksbegehren zu beteiligen und sich nicht in die Listen einzutragen. Nach den bis heute abend vorliegenden Zählungsergebnissen haben sich eingetragen: in Dresden von 407 000 Stimmberechtigten 115 000, in Plauen von 63 000 Stimmberechtigten 20 400, in Zittau von 20 500 Stimmberechtigten 6710, in Chemnitz von 190 000 Stimmberechtigten 55 198.

Vorläufig keine Zwangsmaßnahmen.

Das Ergebnis der Zusammenkunft Lloyd George-Poincaré

London, den 19. Juni. (Reuter.) Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel voranzutreiben werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré wird wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit sind Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen.

Die Haager Konferenz.

Paris, 19. Juni. (E.P.) Die französische Regierung hat gestern abend beschlossen, sich an den Arbeiten der Haager Konferenz, die am 20. Juni eröffnet wird, zu beteiligen. In diesem Sinne sind Instruktionen an den französischen Gesandten in Haag gefandt worden, der beauftragt worden ist, zu erklären, daß dieser Beschluß an folgende drei Bedingungen geknüpft ist: 1. Die Beschlässe der Konferenz können nur unter Vorbehalt gefasst werden. Sie binden darum die französische Regierung nicht von vornherein; 2. die Entschlüsse der Konferenz von Genua mit Bezug auf die russischen Schulden und das Privatigentum müssen geachtet werden; 3. von der Konferenz dürfen keinerlei politische Fragen behandelt werden.

Die deutsche Mission für den Fernen Osten ist in Utscha unter Führung des Geheimrats Dr. Ksmls eingetroffen.

Dem sechzigjährigen Johannes Schlaf.

Die Ehren, die man Johannes Schlaf zu seinem sechzigsten Geburtstag dazubringt, überschreiten kaum das Maß des geistigen Aufwandes, den man für das Jubiläum eines Geniearbeiters aufzuwenden würde. Nur ein schmaler Kreis besonders aufmerksamer Kunstfreunde gehört zu ihm.

Sein Verdienst ist ja auch klein. Er hat nur als einer der ersten das Gedankenfundament für den deutschen Naturalismus gebaut. Er hat nur die Schwelgerei in das Tiefere des Erlebens befohlen, als die Naturwissenschaften und leichtfertige Schilderer des Menschendaseins und des Weltanlasses wurden. Er hat nur vor tausend Nachbetern, die seine dem feinsten Europäerum verwandte Spürsamkeit verschwiegen, feilschen Anschlag bei Whitman, Verhaeren und Maeterlinck gefunden: Bei Whitman, dem Vorkämpfer der neuen Sinnenergie, bei Verhaeren, dem Entdecker des vom Alltag herkommenden Mystizismus, bei Maeterlinck, dem heute allerdings verfallenen Entschleierer des vom Mystizismus herkommenden Alltags. Er hat endlich den Weg vom Menschen zu den Sternen gesucht und als Deuter der Himmelserscheinungen gesagt, was Schlaf und Schöpfer mit dem irdischen Dasein überhaupt bezweckten.

Diese Hoheit war ihm natürlich im Wege. Man hätte ihn Treue gehalten, wenn er der jähliche Verkörer des phylloströhen „Dingsda“ geblieben wäre. Aber den Verwandlungsfähigen, den bis zum Patriarchengeburtstag noch Ringenden, den Beschreibenden, nicht Barmenden, der sich nur durch unermüdbare Unabhängigkeit adelt, behandelt man fast als einen Abtrünnigen beim Gartenfest der Gedankenplattirerei.

Whitman, Verhaeren, Maeterlinck und der Göttemacher Strindberg durften in Amerika, im lateinischen Westen und im skandinavischen Norden ihre eigene Sprache reden. Johannes Schlaf mußte seine Sprache, wenn er April, Roman und Drama formte, noch dem Kopf des schwachbegabten Mitbürgers mildern und modeln. Er entzündete seine Worte und sich selber nicht genügend an der Bilderkraft, die in ihm garte. Er war ein Verkörperer seines Talentes, um sich verständlich zu machen. Er opferte das Schicksal seiner Eigenart, damit ihn die Leser an das Herz nähmen. Das war eine Opferung aus Schwäche bei diesem Manne, der sonst bedeutende Tapferkeit gezeigt hat. Man könnte ihn deshalb loben, wenn man es nicht vorzieht, ihn zu bedauern. Der Mann, dessen Horizont so weit war, beengte sich freiwillig. Er war ein Freund der deutschen Intelligenz, die nicht einsichtig genug war, um ihm das ungehemmte Spiel neuer Worte, neuer Lehren, neuer Gefühle zu gestatten. Er blieb ein Dichter für ein kleines Deutschland, während seine wirklichen Brüder Whitman, Verhaeren, Maeterlinck und Strindberg über die ganze Erde zu hören sind. Nun, auch dem Sechzigjährigen soll die Hoffnung keineswegs voramnest sein. Ihm werde nur empfohlen, in Er-

gebenheit, in Aufrichtigkeit, in Bewunderung trotz allem, daß er jetzt erst recht widerspenstig werde, hartnäckig und erpicht allein auf das Reich der Gedanken und Formen, das in ihm wohnt!

Im Reiteraal verbrachten wir einen Johannes-Schlaf-Abend zu Ehren seines 60. Geburtstages. Dr. Otto Ernst Hesse hielt die Ansprache für das Publikum, das gewonnen werden sollte. Schön und schlicht redete er. Er verschwiegen eigentlich die tausend Kalorien, die in Schlaf gebrodelt und gewütet haben, bis er ganz nah an die Feuerquellen seines Denkens gelangte. Er wollte wohl, er mußte es wohl tun, damit auch die Meinung seiner gewiß Andächtigen nicht allzu heftig beunruhigt werde. Im Gotteswillen keinen Dichter und Gräbler als Revolutionäre entlarven! Hieraus lösen, jugendlich rührend und getrieben von innerster Heiterkeit Waja Hart, schwerer und im Weibeton Bruno Decassi, sprühend und witzig Hans Schweikart aus den Werken des Jubilars. Emmy Jürgens-Meyer sang, was von seinen Gedichten die Musikanten angeht.

Der Hindenburg-Standal im Film. Der Berliner Filmpräfixe hat vor einigen Tagen ein Film zur Prüfung vorgelegt, der aus Aufnahmen des Empfangs Hindenburgs in Königsberg bestand und auch den Parademarsch der Reichswehr vor dem selberrlichen „Privatmann“ zeigte. Der Prüfungsausschuss gehörte der Pfarrer Hoppe an, ein Intimus des Hauses Hindenburg. Hingegen war weder ein Vertreter des auswärtigen Amtes noch ein solcher des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung anwesend. Die Kammer nach dem Film und händigte der Firma die Zensurkarte aus. Unmittelbar nach erfolgter Prüfung erhielt das Ministerium des Innern von dem Vorgang Kunde und der zuständige Staatssekretär setzte alle Hebel in Bewegung, um die Freigabe rückgängig zu machen. Da sich jedoch die Firma aus Grund des Lichtspielgesetzes weigerte, die Zensurkarte herauszugeben, bleibt der Regierung nichts übrig, als den Weg des Widerrufsverfahrens zu beschreiten, der äußerst langwierig ist. Sie stände der neuen nationalsozialistischen Filmpropaganda machtlos gegenüber, wenn nicht das Oberverwaltungsgericht jüngst entschieden hätte, daß die Ortspolizeibehörden befugt seien, interimistisch einen Film zwecks Erlangung des Widerrufsverfahrens zu beschlagnahmen. Diesen Weg wird die Regierung jetzt gehen müssen, um zu verhindern, daß der unglückselige Hindenburg-Kummel nun auch noch durch den Film weiterer Anhalt findet.

Da die Berliner Filmpräfixe sowohl beim „Friedrichs-Reg.“ wie jetzt beim „Hindenburg-Film“ zur Zensur bewiesen hat, daß sie derartige Mißgriffe ihrer Kammer nicht zu verhindern weiß, so muß bei der demnächst erfolgenden Revision des Lichtspielgesetzes der Regierung die Möglichkeit geschaffen werden, jeden Film auch gegen den Spruch einer Prüfkammer zu verbieten, wenn von ihm bedenkliche politische Folgen zu erwarten sind. Vor allen Dingen muß verlangt werden, daß bei der Prüfung irgendwelche „politische“ Filme das auswärtige Amt und das Innenministerium stets vertreten sind und durch einfaches Veto die Freigabe verhindern

können. Die bisher geübte Praxis hat sich in ihrer Wirkung ausschließlich als ein Schutz aller reaktionärer Bestrebungen im Film erwiesen.

Eichendorffs Abschied an Oberschlesien. Deutschland trauert um Oberschlesiens Schicksal. Wir müssen Abschied nehmen von den Brüdern, die die Gewalt von uns reißt, und die doch so eng zu uns gehören. Da denken wir wehmütig daran, wie eng dieses Land mit unserer Kultur, mit unserm Wesen verknüpft ist, und es mag daran erinnert werden, daß kein Lied sich besser zum Abschiedslied von Oberschlesien eignet als „O Taler weit, o Höhen“. Joseph von Eichendorff hat es als Abschied von seiner geliebten Heimat Oberschlesien gedichtet. Die Eichendorff-Biographie von Hans Brandenburg weist den Einfluß des „oberschlesischen Jugendparadieses“ auf sein Dichten überzeugend nach, und nirgends hat es ergreifender Ausdruck gefunden, als in den Strophen, „mit denen jeder Deutsche, solange es Deutsche geben wird, von seinem Bald Abschied nimmt“. Das Schloß Lubowitz im Kreise Ratibor war nicht nur die äußere, sondern auch die innere Heimat Eichendorffs, die hier empfangenen Eindrücke und Ergebnisse waren so stark, daß sie sein ganzes Sein und Dichten bestimmten.

Es ist das ephemerische Schloß, umrahmt von dem weiten Garten, es ist der leuchtende Wiesenplan, die dichten grünen Wälder, die stets den Schauplatz seiner Roesie bilden. Wenn er als Gymnasiast zu Ferien die „Bubowitzer Jubelperioden“ durchstufte, wenn er als Student in diese waldreiche, träumerische Natur zurückkehrte und hier im frühlichen Morgen, im personenen Spiel, in erster Liebe und erster Trauer die tiefsten Eindrücke der jungen Seele empfand, so fühlte er sich ganz als Sohn, als ein Teil dieser herrlichen Natur. Hierher ist er in der Zeit seiner Verlobung zurückgekehrt, um von den Anwandlungen romantischer Krankheit und Gedankenkrisen zu genesen. „Ueber mich übt die Heimat wieder ihre alte Zauberei“, schrieb er damals. „Das Herz weit und hoffnungsreich, das Auge frei und fröhlich, ernste Treue erfrischend über mein ganzes Wesen, so ist mein Sein, ich möchte fast sagen ein Verliebtsein in die jungfräuliche Schöne des reichen Lebens.“ Das Waldesrauschen von Lubowitz wird so zur Grundmelodie seiner Lyrik, von der Brandenburg sagt: „Hier ist ein gewisser Gegenfah zwischen den buntbewegten Gassen und der ewig sich gleichen Schönheit und Unschuld der Natur und doch das Wunderbare, ganz ercheinungshafte Zusammenfließen dieser beiden Spüren zu mystischer Einheit.“

Die zweite Carmen-Aufführung der Staatsoper bestätigte den Sieg der Neueinstudierung. Barbara Kemp war auch der Mittel- und Höhepunkt dieses Abends. Im Schlußakt geht sie bis an die Grenze des in der Oper noch Möglichen: grell, kraß, brutal — aber voll ergreifender Natürlichkeit. Den Soldaten Josef sang und spielte Carl Lewing. Er kommt vom Schaufpiel und bringt manche Vorzüge des Darstellers mit. Freilich im 1. Akt ist er fast zu phlegmatisch — behäbig, lebendig wird er erst im zweiten, Kraft und tragische Größe entfaltet er im letzten Akt. Mögen andere besser singen, besonders in der höchsten Lage, Lewing weiß das Schicksal des vom Weibe Verratenen, der von ihr nicht loskam, ergreifender zu gestalten. — Die frische und lebendigste der Witzkosen, die mannigfachen neuen Abtufungen der Lichteffekte, die nur in dem Schmuckbild zu viel und zu lange Dunkelheit vorherherüberlegen, die eindrucksvoll-impressionistische Ausgestaltung der Gartenszene im 2. Bilde seien gebührend hervorgehoben.

11. Deutscher Gewerkschaftskongress.

SPD. Leipzig, 19. Juni. (Sta. Drahtbericht.)

Alle Plätze im Saal und auf den Tribünen sind besetzt; groß ist die Zahl der Gäste und der Pressevertreter. Von der Reichsregierung sind erschienen Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und eine große Anzahl von Regierungsräten. Preußen hat den Handelsminister Genossen Stiering entsandt, die sächsische Staatsregierung ist durch den Wirtschaftsminister Fellisch und den Arbeitsminister Ristau vertreten. Auch die Stadt Leipzig hat einen Vertreter entsandt. Zahlreiche ausländische Gäste sind ebenfalls anwesend.

Nachdem Leipzig der Toten gedacht hat, erinnert er an Theodor Park, dessen Name untrennlich verbunden ist mit dem vor 50 Jahren zusammengetretenen 1. Gewerkschaftskongress. Inzwischen habe die Gewerkschaftsbewegung eine nie geahnte und erhoffte Entwicklung hinter sich. Ihre Mitgliederzahl, Stärke und Leistungsfähigkeit, aber auch ihr Aufgabenkreis, ist gewaltig gewachsen. Der Kongress hat zu prüfen, ob in den letzten drei Jahren die Aufgaben erfüllt wurden, ob sich die Gewerkschaften neue Aufgaben stellen können oder neue Mittel und Wege suchen müssen, um ihrer Aufgaben gerecht zu werden. Darüber sind die Meinungen verschieden. Der Streit hierüber ist ein Beweis dafür, daß die Bewegung lebendig ist.

Die Bewegung lebendig ist.

Rot tut uns heute in der Hauptsache die Einigkeit der Arbeiter! Die Lage der Arbeiterschaft ist bedrohlich; die Lebenshaltung ist so zurückgegangen, daß wir alle Ursache haben, alles zu tun, um die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Die Arbeiter hoffen, daß das erreicht wird! Möge der Kongress diese Hoffnungen nicht vernichten! (Beifall.)

Für die Leipziger Gewerkschaften spricht Schilling, der den Kongress begrüßt und besonders auf die Fortschritt des Volkshauses durch die Reichswehr hinweist. Die Solidarität, die das Volkshauses neu erleben ließ, möge auch den Kongress beherrschen. — Stadtrat Dieke überbringt den Gruß der Stadt Leipzig.

Namens der Reichsregierung führt Minister Dr. Brauns u. a. folgendes aus:

Im Namen der Reichsregierung begrüße ich den 11. Kongress des ADGB und wünsche seinen Beratungen einen guten Verlauf und besten Erfolg. Insbesondere ist das von mir vertretene Reichsarbeitsministerium an den Verhandlungen des Kongresses interessiert. Stellen doch alle vom Kongress zu behandelnden großen Fragen auch in das Arbeitsgebiet des Reichsarbeitsministeriums.

Auch die gesamte Reichsregierung nimmt wärmsten Anteil an Ihren Beratungen. Sie ist sich der großen

Bedeutung der Gewerkschaften für das Staatsleben

bewußt. Sie ist Ihnen dankbar dafür, daß Sie sich wiederholt nachdrücklich für Staatsinteressen eingesetzt haben. Das deutsche Volk darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaften durch die Disziplin ihrer Mitglieder und durch die Staatstreue ihrer Führer nach dem großen Zusammenbruch von 1918 an der Erhaltung der Reichseinheit und am Wiederaufbau Deutschlands beträchtlichen Anteil haben. Auch der eifrigen Bemühungen der Gewerkschaften um ein günstiges Abstimmungsresultat in Ost- und Westpreußen und in Oberschlesien möchte ich dankbar gedenken.

Als erste wichtige Aufgabe betrachtet ich die gewerkschaftliche Schulung der neuemommenen Mitglieder. Ich begrüße es aufrichtig, daß es dem ADGB gelungen ist, trotz aller Reinigungsverschiedenheiten in seinen eigenen Reihen die gewerkschaftliche Geschlossenheit zu wahren. Mit dem Wachstum der Gewerkschaften und mit einer Reihe von Einzelerscheinungen der letzten Jahre hängt es zusammen, daß die Frage der Stellung der Gewerkschaften zum Staat heute eine wichtige Rolle spielt. Ich denke, daß Sie trotz aller Vorbehalte für die Gewerkschaften doch der Ansicht zustimmen werden, daß der Staat keineswegs lediglich eine Wirtschaftsorganisation darstellt und noch weniger eine Wirtschaftsorganisation im Interesse eines einzelnen Standes oder einer einzelnen Klasse. Das schließt nicht aus, daß die Gewerkschaften, ihrer äußeren Bedeutung entsprechend, einen größeren Einfluß als früher auf das Staatsleben ausüben. Das gleiche Problem, Gewerkschaft und Staat, tritt uns heute entgegen bei manchen Fragen des Arbeitsrechts, die noch der Lösung harren. Ich denke an das Tarifrecht, das Berufsvereinsrecht und an die zur Debatte stehende Schlichtungsordnung. Ich gebe mich der zurechtfindenden Hoffnung hin, daß die freien Gewerkschaften sich der großen Verantwortung, die mit der Lösung dieser Fragen verbunden ist, voll bewußt sind.

Wie dem Staate gegenüber, so hat sich auch die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der Arbeitgebererschaft grundlegend geändert. Es kann nicht geleugnet werden, daß einzelne Arbeitgebergruppen, die sich unmittelbar nach der Staatsumwälzung und angelehnt an die Gefahren der Revolution mit dem Gewerkschaftsgedanken abfanden, heute versuchen, den an die Arbeitnehmererschaft verlorene Boden wiederzugewinnen, ein Bestreben, das hier und da schon wieder bis zur Verneinung des Gewerkschaftsgedankens, wenn auch nicht für die Arbeiter, so doch für die Angestellten, geführt hat. Ich glaube, es wäre für Wirtschaft und Staat tief bedauerlich, wenn die alten prinzipiellen Kämpfe um Koalitionsrecht und Tarife wieder aufleben sollten.

Die schwierigsten Probleme tauchen auf zwischen Gewerkschaft und Arbeitnehmererschaft. Vorübergehend schien die gelbe Bewegung überwinden und der rein gewerkschaftliche Gedanke das Feld zu beherrschen. Heute taucht die gelbe Idee, wenn auch in anderer Begründung und anderer Form, erneut auf.

Die gelbe Bewegung zu politischen Zwecken

und mit politischen Mitteln gefördert. Gleichgeblieben ist sich die Bewegung in der Verneinung des eigentlichen Gewerkschaftsgedankens. Wie die alte gelbe Bewegung überwunden wurde, vor allem durch den gefundenen Sinn und das Standesbewußtsein der Arbeitnehmer, so muß auch die neue gelbe Bewegung überwunden werden. Das wird um so leichter sein, je besser die Gewerkschaften verstehen, auch den Interessen der Gesamtheit Rechnung zu tragen und sich in der Wahrnehmung der Interessen der eigenen Klassenangehörigen das nötige Maß aufzuzeigen.

In Verbindung damit steht die schwierige Frage der Einführung eines gewissen Organisationszwanges, oder sagen wir besser der Bevorzugung der organisierten Arbeiter vor den unorganisierten.

Die grundlegenden Schwierigkeiten, welche sich aus dem Wettbewerbsgesetz für die Gewerkschaften ergeben, dürften im wesentlichen behoben sein. Ueberaus bedenklich für den Gewerkschaftsgedanken als solchen erscheint mir eine gewisse Einbuße an Autorität der Führung. Der Lebensstand erklärt sich aus der überfüllenden Ermüdung der letzten Jahre.

Ich hoffe, daß der heute eröffnete Kongress der freien Gewerkschaften uns ein Stück weiter auf dem Wege zur richtigen Lösung der gewerkschaftlichen Probleme führen wird und wünsche der Tagung in diesem Sinne namens der Reichsregierung einen gedeihlichen Verlauf, zum Wohle der Arbeiterschaft und zum Wohle des gesamten deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt führte aus: Aus der Tatsache, daß die Schiffe rauhen und wieder Leben in den Wirtschaften herrscht, entsieht vielfach die falsche Ansicht, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau vollendet ist. Leider fehlt daran aber noch sehr viel, manches ist noch nicht so gestaltet, wie wir es uns wünschen. Es sind von 250 Hochöfen nur 150 in Betrieb, allein in den letzten Monaten mußten wir 16 000 Tonnen Rohstoffe einführen. Der Wiederaufbau kann nicht vollzogen werden unter Preisgabe der sozialen Forderungen der Arbeiterschaft. Jeden Angriff auf den Achtstundentag werden die Gewerkschaften zurückweisen. Der Achtstundentag darf nicht in Gefahr kommen, weil es gelungen ist, ihn auch im Ausland zu erhalten. Nicht durch schlechte Arbeitsbedingungen können wir die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niederhalten. Das kann nur

geschehen durch bessere Organisation und Technik. Solange Arbeitervertreter in den Ministerien sitzen, wird in Deutschland

an dem Achtstundentag nicht gezweifelt

werden. (Beifall.) Leider haben wir nicht alles erfüllen können, was wir erhofft haben, als wir an unsere neuen Aufgaben herantraten. Man kann in einem so schwer darniederliegenden Lande nicht von heute auf morgen alle Leiden abstellen. In der ungeheuren Preissteigerung ist nicht die Regierung, sondern unsere Stellung im internationalen Verkehr schuld. Es ist nicht unbillig, unter den heutigen Verhältnissen an einzelne Erwerbsgruppen Anforderungen zu stellen, aber leider finden wir auf der Gegenseite keine objektive Würdigung der Lage der Arbeiterschaft. Bei dem Kampf um die Getreidemenge zeigt sich, daß man nicht nur einen mäßigen Unternehmergewinn, sondern einfach das fordert, was die Konjunktur bietet, ohne Rücksicht auf die Notlage der arbeitenden Klassen. Die Rechtspartien fordern von uns größere Belämpfung der Bebrückung durch die Entente. Wir wären auch froh, wenn wir die Last vermindern könnten, aber jene, deren Großmannsucht unser Elend verursachte, haben keine Veranlassung, aus der heutigen Situation gegen uns Material zu sammeln. Sie lassen kein Mittel unversucht, um wieder zur Macht zu gelangen. Für die deutsche Arbeiterschaft gilt es, auf der Wacht zu sein.

und ich wünsche, daß die freien Gewerkschaften auch in Zukunft der sicherste Hort für die deutsche Republik sein mögen. (Lebhafte Beifall.)

Arbeitsminister Ristau, der die Grüße der sächsischen Staatsregierung überbrachte, betonte besonders, daß die sächsische Regierung unerschütterlich am Achtstundentag festhalte.

Nach einem Dankeswort Leipzigs an die Regierungsvorsteher führte der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Timmen, folgendes aus:

Alle Lohnherhöhungen und Arbeitszeitkürzungen nützen der Arbeiterschaft nichts, solange einige Kapitalisten und Imperialisten die Macht haben, um durch Kriege alles wieder zu vernichten. Die erste Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeiter zu mobilisieren und sie davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, die ganze Macht zu entfallen, um für alle Zeiten Kriege zu verhindern. (Beifall.) Die Internationale sei eine Macht; sie habe durch den Boykott der Waffentransporte nach Polen Sowjetrußland vor einer vernichtenden Niederlage gerettet und auch bei anderer Gelegenheit gezeigt, daß sie sehr wohl großes Unheil von den Weltkriegen fernzuhalten weiß.

Huiber-Wien überbringt die Grüße der österreichischen Gewerkschaften. Seine Rede ist eine schwere Anklage gegen die Politik der Entente, die Österreich in die schwierige Lage gebracht habe.

Es sprachen dann noch Blaumann-Brüssel, Water-London, Johansen-Stockholm, Jacobsen-Kopenhagen, Bonnevie-Norwegen, Kalawski-Warschau, A. Walle-Amsterdam, Dürr-Bern, Tassai-Budapest und Schintgen-Luzernburg.

Auf eine Anfrage, warum die Russen nicht eintraten, erwidert Leipziger, daß alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften, zu denen die Russen leider noch nicht gehören, eingeladen wurden. Er dankt den ausländischen Vertretern für ihre Grüße und versichert, daß sie sich immer auf die deutschen Gewerkschaften verlassen könnten.

Namens der IWA übermittelte Kufhäuser die kameradschaftlichen Grüße der freien Anwohner. Es sei zu hoffen, daß der Kongress den Vertrag zwischen ADGB und IWA sanktionieren werde, und daß sich auch beide als dritter im Bunde die Beamten mit den freien Gewerkschaften vereinigen werden.

Für den Zentralverband der Kaufmannvereine spricht Hoffmann-Hamburg. Eine große Zahl von Gästen verzichtet auf das Wort.

Vor Eintritt in die Mittagspause wurden die Vorstehenden gewählt, und zwar die Genossen Leipziger (ADGB), Reichell (Metallarbeiter) und Raeplow (Bauarbeiter).

Rahmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung wurden die Schriftführer gewählt. Ein Antrag Niederländer-Berlin, je einen Schriftführer aus allen drei Richtungen zu wählen, wurde abgelehnt. Gewählt wurden: Sad (Fabrikarbeiter), Haas (Landarbeiter), Reichell (Textilarbeiter), Rudolph (Transportarbeiter), Rubin (Schuhmacher) und Birch (Eisenbahner).

Bei der Beratung der Geschäftsordnung gibt es eine lebhafteste Debatte über den Antrag des Bundesauschusses, die Zahl der zur Unterzeichnung eines Antrages auf namensliche Abstimmung notwendigen Delegierten von 50 auf 100 zu erhöhen. Niederländer (Metallarbeiter) lehnt den Antrag ab. Dikmann (Metallarbeiter) warnt vor einer Verkommunistik und bittet, es bei 50 zu belassen, im höchsten Falle aber die Zahl auf 75 zu erhöhen. Aren (Fabrikarbeiter) weist gegenüber Dikmann darauf hin, daß im Bundesauschuss bei Beratung dieses Antrages niemand von einer Verkommunistik gesprochen habe, und bittet um Annahme des Vorschlags. Ein Antrag, es bei 50 Delegierten zu belassen, wird mit 325 gegen 228 Stimmen abgelehnt, mit 335 gegen 304 Stimmen wird der Antrag des Bundesauschusses angenommen. Mit dieser Änderung wird die Geschäftsordnung genehmigt.

Bei Beratung der Anträge zur Tagesordnung erklärt Leipziger, daß es sehr wünschenswert sei, die Tagesordnung zu erweitern, die Zeit es aber kaum möglich mache. Zum Geschäftsbericht erhält je ein Redner der drei Richtungen eine verlängerte Redezeit von einer Stunde.

Zur Tagesordnung: „Organisationsformen und Arbeitsgemeinschaften“ wird Dikmann (Metallarbeiter) zum Referat „Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsrate“, Simon (Schuhmacher) als Korreferent ernannt.

Dann erhält Leipziger das Wort zum Geschäftsbericht des Bundesvorstandes, den er mit einem brüderlichen Abschiedsgruß an die scheidenden Oberschlesier bequillt. Rotwendia sei es, einzugehen auf die Anträge, die dem Vorstand vorwerfen, beim Eisenbahnerstreik das Massenbewußtsein verloren zu haben, und die ihm deswegen ein Mißtrauen aussprechen. Es sei zu fragen, wie es vorher mit der Solidarität der Beamten gegenüber den Arbeitern gemein sei. Der Beamtenbund hat das Bündnis, das ihm der ADGB angeboten habe, abgelehnt. Es wurde dann versucht, zwischen den Eisenbahnern des Beamtenbundes und denen des ADGB ein Bündnis abzuschließen. Auch das hat die Beamtenorganisation abgelehnt. Dann ist der Streik gekommen, der proklamiert wurde, ohne daß die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft wurden. Ein Eisenbahnerstreik ist nicht mit einem anderen Streik zu vergleichen. Seine Folgen für die ganze Arbeiterschaft sind so schwer, daß der Bundesvorstand absuchte verpflichtet zu sein, zu sagen, daß die Eisenbahner den Streik nur als allerletztes Mittel

anwenden dürfen. Die Vertretung der gewerkschaftlichen Grundzüge und die Rückhaltung der Arbeitergewerkschaften konnte man nicht rubia hinnehmen. Der ADGB mußte dafür sorgen, daß die gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht in Mißkredit kamen. Die Eisenbahner haben durch diesen Streik

Ihr Streikrecht gefährdet,

das der Gewerkschaftsbund schützen werde. Seine Maßnahmen ist erfolgt in vollem Einverständnis mit den bei ihm organisierten Eisenbahnern. Der Vorstand hat nur seine Pflicht getan. Dennoch müßte er die Verantwortlichkeit aufrufen, Bündnis zu zeigen für die Parte, in der sich die Arbeiter und Beamten befinden. Die meisten seiner Vorwürfe sind durch seine Besserung abgelehnt worden. Darum gibt es für die Arbeiterschaft kein anderes Mittel, als aus der tatsächlichen Not und nicht aus Ueber-

mut heraus immer neue Forderungen zu stellen. Trotz aller Lohnherhöhungen hat sich die Lage der Arbeiterklasse immer mehr verschlechtert. Man empfiehlt eine Verlängerung der Arbeitszeit zur Besserung der wirtschaftlichen Lage. Alle Anschuldigungen und Angriffe gegen den Achtstundentag in Deutschland müssen von dieser Stelle aus ganz energisch zurückgewiesen werden. Leider stimmten auch Sozialdemokraten in das Schlagwort von der schematischen Anwendung des Achtstundentages und in das Loblied auf die verlängerte Arbeitszeit ein. Zu ihrer Entschuldigung möge gesagt sein, daß es immer Arbeiter gegeben hat, die glauben, eine längere Arbeitszeit sei besser, weil sie dadurch mehr Geld verdienen. Das ist Wandel an Verständnis für die Interessen der Arbeiterklasse. Die Landarbeiter, Eisenbahner und andere würden bekunden, daß es immer schematischen Achtstundentag in Deutschland nicht gibt. Er besteht nur in dem Kopf jener, die erobert sind über die Erregungsfähigkeit der Arbeiter, an der sich nicht rütteln lasse.

Hände weg vom Achtstundentag!

Die Gewerkschaften sind eingetreten für die Erfüllungspolitik. Aber sie sind nicht gewillt, die sozialen Forderungen zurückzustellen im Interesse dieser Politik. Wenn sich erweist, daß Deutschland bei Aufrechterhaltung des Achtstundentages die Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen könne, dann müßten eben diese herabgemindert werden. Dem Achtstundentag droht auf dem Umwege über die Verlängerung der vereinbarten 48-Stunden-Woche ernste Gefahr. Die Arbeiter dürfen auf keinen Fall im Interesse eines früheren Sonnabend-Festhaltens an den übrigen Wochentagen länger als acht Stunden arbeiten.

Leipziger geht dann auf die Formfrage bezüglich der zehn Punkte ein und stellt fest, daß in dem Vorschlag eine gewisse Anerkennung liegt, die ein starkes Vertrauen zur sachlichen Überlegung des Bundes befinde. Auch der neue Bundesvorstand dürfe nur solche sachlich begründeten durchführbaren Forderungen aufstellen. Die zehn Punkte sind ein Programm, das nicht auf dem Papier stehen bleiben dürfe. Sie sind die notwendige Antwort auf das Kreditangebot der Industrie und auf deren Forderung nach der Brinallierung der Eisenbahn und der übrigen Reichsbetriebe. In dieser Beziehung haben die zehn Punkte einen Erfolg gehabt; der Vorstoß der Industrie ist abgelehnt. Für die Gewerkschaften ist die Forderung nach Sozialisierung kein Schlagwort.

Die Gewerkschaften sind jetzt genötigt, sich mit den politischen Tagesfragen zu beschäftigen. Sie haben aber keineswegs die Absicht, die politischen Parteien zu ersetzen. Die Gewerkschaften werden auf die Parteien auch weiterhin einwirken. Das ist aber nur in beschränktem Maße möglich. Heute stellt man Anforderungen an die Gewerkschaften, die über das Maß ihres Könnens hinausgehen. Der Hingabe unserer Kämpfer, ihrem Opfermut und ihrer Brüderliebe ist die Stärke der Gewerkschaften zu verdanken. Heute gilt es, die fernstehenden Arbeiter, auf die der Gewerkschaftsbund Rücksicht nehmen muß, den Organisationsmaßnahmen zuzuführen. Mit einem Burs der Arbeitermarke schloß Leipziger seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Darauf vertagte sich der Kongress auf Dienstag vormittag.

Hüter der Staatsgewalt.

In der gestrigen Sitzung des Landtags bereitete Minister des Innern Severing noch einmal allen denen, die nachträglich die Reise Hindenburgs durch Ostpreußen als vor jeden parteipolitischen Einschlages hinstellen, eine kräftige Abfuhr. Er wies noch einmal darauf hin, daß selbst die Mitglieder der Volkspartei im Kabinett Bedenken gegen die Reise geäußert hätten und daß sich der Regierungspräsident von Alsenstein, ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, freiwillig erbot, auf General v. Besel dahin zu wirken, daß die Reise unterbleibe. Der Minister des Innern wies weiter darauf hin, daß alles verflucht wurde, die landwirtschaftlichen Arbeiter gegen ihren Willen auf Lastwagen nach den Osten zu bringen, durch die Hindenburg kommen sollte, daß Schulkindern angeboten werden sollten und daß die Paraden einen militärischen Charakter tragen sollten. Unter diesen Umständen sei es Pflicht der Regierung gewesen, die Behörden anzuweisen, sich nicht mit diesen politischen Veranstaltungen zu identifizieren. Wie gefährlich das Unternehmen außenpolitisch gewesen sei, geht daraus hervor, daß zwei Offiziere der Ententekommission des Gebirgs der Kriegervereine beobachteten. Es sei zu befürchten, daß die Ostpreuentage noch außenpolitische Schwierigkeiten zeitigen werden. Im weiteren Verlauf der Debatte wies Severing unter Heiterkeit und lebhaftem Beifall die außenpolitische „Hilfe“ der „verdienten Opposition“ ironisch zurück. Abg. Heilmann (Soz.) ergänzte die Ausführungen des Innenministers. Die Beratung wurde auf Dienstag 11 Uhr vertagt. (Etat des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Interpellation der Deutschnationalen betreffend die Kriegsschuld.)

Blutige Sonnenwendfeier. Nach dem Bericht eines hiesigen Mittagsblattes kam es in Chemnitz bei einer Sonnenwendfeier sogenannter vaterländischer Verbände zu schweren Zusammenstößen mit Kommunisten, wobei eine Anzahl Personen verletzt wurde.

Wirtschaft

Die Wirtschaftler über die Zwangsanzleihe.

Der Hanfsabund rührt sich. Deht hat er wieder in großer Formalmutia sicher beachtenswerte Leute über die Zwangsanzleihe reden lassen. Sie kommen natürlich dahin überein, daß die Vorlage nicht wert sei. Im übrigen erschöpfte man sich in Forderungen, die alle das gemein haben, daß sie die drohende Leistung herabgesetzt wissen möchten. Eine Atmosphäre der Feindschaft gegen den Staat herrscht in jener Versammlung, die verderblicher ist als die Luft, in der die Bolschewisten den heutigen Staat ersticken müßten. Wenn doch die führenden Wirtschaftler und Finanzleute einmal die gleiche Mißbilligung der Zwangsanzleihe äußerten, aufwenden wollten, um dem Leiche mit der ganzen Reimnis und Erfahrung, die ihnen zur Verfügung steht, ernstliche Wege zur Beseitigung aufzuzeigen.

Genossenschaftliches Bekleidungswerk. Mit einem Kapital von 10 Millionen Mark ist in Dresden die Gesellschaft Sächsisches Bekleidungswerk errichtet worden. Daran ist beteiligt die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit acht Stellen, die Produktionsgenossenschaft der Schneider in Seiffhennersdorf und Dresden sowie die Sächsische Staatsbank mit je einem Teil. Diese Gesellschaft bezweckt nach ihrem Gesellschaftsvertrag die Hebernahme des Reichsbekleidungsamts Dresden, die Herstellung von Bekleidungsgegenständen aller Art, deren Betrieb, den Erwerb ähnlicher Unternehmungen und die Beteiligung an solchen. Das Bekleidungsamt Dresden hatte nach seiner ursprünglichen Bestimmung die ehemals sächsischen Kontingente des deutschen Heeres mit Kleidung und Schuhwerk zu versorgen. Die Betriebsanlagen entholten umfangreiche und zweckmäßig ausgestattete Werkstätten für Schneiderei und Schuhmacherei. Die neuerrichtete Gesellschaft hat die gesamten Anlagen auf 30 Jahre mietweise, die Betriebsrichtungen, Maschinen, Werkzeuge und Inventargegenstände käuflich übernommen. Der gesamte Betrieb wird nunmehr für die neue Aufgabe umgestaltet, die materialien Anlagen und technischen Einrichtungen ausgearbeitet und, soweit dieses notwendig ist, erweitert und vervollkommen werden. Mit der Errichtung des Sächsischen Bekleidungsamts ist ein gemeinschaftliches Unternehmen entstanden, das die gesamten angefertigten Bekleidungsgegenstände unter Aufsichtung privater Erwerbsinteressen reiflos dem unmittelbaren Verbrauch zuführen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Vom Abschluß der städtischen Tarifverträge.

Zu unserer Notiz über die Erregung unter den städtischen Arbeitern und Angestellten wegen der Verzögerung der städtischen Tarifabschlüsse wird uns vom Städtischen Nachrichtenamt geschrieben:

Der Magistrat hat die Verhandlungen und Schiedsstreite über die neuen ab 1. Juli abzuschließenden Tarifverhandlungen mit den Arbeitern und mit den Angestellten Ende Mai zum Abschluß gebracht und den Stadtorordneten das vom Magistrat angenommene Verhandlungsergebnis unter dem 3. Juni unterbreitet. Auch der von der Stadtorordnetenversammlung eingesehene Ausschuss hat am 13. Juni der Vorlage zugestimmt. Da jedoch in der laufenden Woche finden soll, so wird die endgültige Stellungnahme der Stadtorordneten durch Teilnahme am Gewerkschaftskongress in Leipzig keine Abstimmung darüber in der Stadtorordnetenversammlung stattfinden soll, so wird die endgültige Stellungnahme der Stadtorordnetenversammlung erst in den letzten Juniwochen zu erwarten sein. Der Magistrat hat alle Vorbereitungen getroffen, um die Unterzeichnung der Tarifverträge und die Befristung der städtischen Dienststellen zum 1. Juli zu ermöglichen. Jergend ein sachlicher Grund zur Beunruhigung der städtischen Arbeiterschaft wegen der Nichterabschließung der Tarifverträge vorliegen in der Stadtorordnetenversammlung in den nächsten Sitzungen besteht daher nicht; umso mehr als Rechte der städtischen Arbeiter selbst bei unvorhergesehener Verzögerung in der Stadtorordnetenversammlung nicht in Gefahr sind. Die Lohnverhandlungen des Magistrats über die Juniwochen können, nachdem am 15. Juni der Stadtorordnetenversammlung den Schiedsspruch vom 30. Mai über die Tarifabschlüsse angenommen hat, in Bälde zu Ende geführt werden. Im übrigen ist der Magistrat mit der Stadtorordnetenversammlung in Verhandlungen eingetreten, um dieser die schnellere Erledigung von Tarifvertragsfragen zu erleichtern, an der nicht nur die städtische Arbeiterschaft sondern auch die städtische Finanz- und Wertarbeitspraxis ein berechtigtes Interesse hat.

Wozu wir bemerken, daß es uns doch schmerzt, als hätte die Angelegenheit in der vergangenen Woche verabschiedet werden können. Wir wollen hoffen, daß die Verhandlungen wegen einer schnelleren Verabschiedung von Tariffragen bald ein praktisches Resultat zeitigen.

Rügen über die freie Angestelltenbewegung.

Die bürgerliche Presse bringt unter den schreiendsten Nebenheiten wie: „Krisis im RFA-Bund“, „Starker Rückgang der sozialistischen Angestelltenbewegung“ und dergleichen spaltenlange Artikel, die fast durchweg aus derselben Feder stammen und vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband in diese Presse lanciert worden sind. Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Es fällt keinem Vertreter der freigeistlichen Angestelltenbewegung ein, abzuleugnen, daß ein Teil der Mitgliedschaften wieder abgewandert ist. Das hat seine ganz natürlichen Ursachen. Einmal besitzen viele Angestellte nicht den Selbsterkenntnis wie die Arbeiter, so daß sie oftmals lieber den bequemeren Weg vorziehen, den die Harmonieverbände wandeln. Dann ist aber auch eine gewisse Umwälzung in der Angestelltenchaft erfolgt, indem viele, die durch den Krieg auf militärischen und anderen behördlichen Bureauis Bureauarbeiten verrichteten und keine gelehrten Handlungsgehilfen oder Bureauangestellte waren, in ihren alten Beruf und damit in die früheren Berufsverbände zurückkehrten.

Ein Mitgliederrückgang ist aber nicht nur im RFA zu verzeichnen gewesen, auch die Harmonieverbände haben zahlenmäßig eingebüßt. Der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband muß sogar zu bedenklichen Mitteln greifen, um seine Mitglieder in dem guten Glauben zu erhalten, daß seine Reihen ungeschwächt sind. Tatsächlich konnte in Berichten des DGB festgestellt werden, daß er im März dieses Jahres niedrigere Mitgliederzahlen verzeichnete, als am 31. Dezember 1921. Die freie Angestelltenbewegung ist trotz des Geflusses der Gegner die maßgebende Interessenvertretung der Angestellten und marschiert „trotz alledem“.

SPD-Buchbinder! Die „rote Fahne“ appelliert an die SPD-Delegierten der Generalversammlung, zu der heute stattfindenden Versammlung vollständig anzutreten, um die Opposition wieder aufzunehmen! Wir ersuchen daher auch unsere Delegierten dringend, vollständig und pünktlich um 8 Uhr zur Generalversammlung zu erscheinen.

SPD-Metallarbeiter! Donnerstag, 7. Uhr, in den Sophien-Sälen, Weiser Saal, Konferenz aller Vertrauensleute, Betriebsräte, Delegierten usw. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Jeder einzelne muß erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. An die Delegierten zur Generalversammlung, Dienstag abend 6 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Angelstr. 26, Fortsetzung der Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Aussprache über die Verabschiedung zum Verbandstag, 2. Erledigung der Beiträge, 3. Aufstellung der Kandidaten zum Beitritt und Wahl des Tarifauschusses, 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht der Delegierten, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet.

Brüderverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Kontinent- und Kontinental: Dienstag abend 6 Uhr im Klubhaus, Riegelstr. 1. I. Generalversammlung des Zweigvereins: Mittwoch nachmittag 5 Uhr Brauerei Pflaßberg, Schönhauser Allee 178, Tagesordnung: 1. Regulierung der Beiträge und Beitragsverhältnisse, 2. Verschiedenes. — Beleg 7. Donnerstag nach 1 1/2 Uhr im Restaurant Dinter, Reußstr. 10, Kottbuser Damm 74.

HERMANN
Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Sommerspielwaren
Sandwagen garniert 16⁰⁰
Sandeimer garniert 12⁰⁰
Springseil 2⁵⁰
Strassenroller von 85⁰⁰ an

Schuhwaren
Sandalen Gr. 27-30 31-35 36-42
Rindled., durchgen. 168⁰⁰ 225⁰⁰ 268⁰⁰
Turnschuhe Gr. 27-30 31-35 36-42
grau Segel, Chromledersohle 98⁰⁰ 118⁰⁰ 125⁰⁰
Backfischstiefel (weiss, achsebr., Form, Gr. 36-39) 185⁰⁰

Kinder-Woche
Besonders günstige Einkaufsgelegenheit für die Reise u. Ferienzeit

Märchenbücher von Andersen, Bechstein, Grimm, Hauff u. a. 10⁰⁰
Jeder Band mit 6 farbigen Bildern, gebunden

Kleiderstoffe
Musselin reine Wolle, diverse Muster Meter 129⁵⁰
Rockstreifen reine Wolle, ca. 100 cm breit, Meter 159⁵⁰
Covercoat elegante Kostüm- und Mantelware, ca. 130 cm breit Meter 395⁰⁰

Weisse Stoffe für Strand und Sport
wie Cheviot, Gabardine usw. in sehr grosser Auswahl

Handarbeiten * Spizendecken mit Einsatz
Eisdeckchen 7⁰⁰
Nachttischdecken 16⁵⁰ 21⁰⁰
Mittendecken 60x60 cm 36⁵⁰ 44⁵⁰
Mittendecken Ausschnitt-Arbeit, 75x75 cm 144⁰⁰
Runde Decken 60 cm 44⁵⁰
Kaffeedecken 450⁰⁰ bis 1500⁰⁰

Waschstoffe
Sportflanell für Blusen und Oberhemden .. Meter 45⁰⁰
Waschkrepon weiss Meter 48⁵⁰
Baumwollener Musselin Meter 58⁰⁰
Weiss Vollvoile doppeltbreit Meter 135⁰⁰
Vollvoile doppeltbreit, bedruckt, moderne Muster 145⁰⁰
Schleierstoff bedruckt, doppeltbreit 175⁰⁰

Knaben-Artikel
Kinderhüte 14⁵⁰
Sepplhüte 12⁵⁰
Hosenträger 22⁵⁰
Taschentücher weisser Grund, mit bunter Kante 3 75 95

Wirkwaren
Strümpfe f. Kinder, Bwl., schwarz, lederfarbig, weiss, Gr. 1 18⁵⁰
Jede weitere Grösse 2,00 mehr.
Erstlingsjäckchen Gr. 1-2 Gr. 3-4 14⁵⁰ 16⁵⁰
Baumwolle
Badehosen für Kinder, Grösse 2, 4, 6 16⁵⁰

Brüderlicher Arbeiterverband, Berufshilfe Berlin, Kontinent- und Kontinental. Die Bräutigamskommission tritt am Dienstag abend 7 Uhr bei Sicherheit zusammen. Die Statistikkommission eine halbe Stunde früher.
Brüderlicher Arbeiterverband des RFA-Bundes. 12. Verwaltungstag (Städt. Sitzung, Sonntag, 12. Juli) Mitgliederversammlung aller hochgradigen Mitglieder abend 6 1/2 Uhr Restaurant „Eck“, Friedrichstr. 10. Vortrag: „Das neue Reichsgesetz“. Referent: Kollege Selgenstein-Kontow. Besondere Einladungen ergeben nicht mehr!
Deutsches Transportarbeiterverband. Brände in: Eisenwaren u. Großhandel. Mittwoch abend 8 Uhr in der Hofbäckerei, Fildenstr. 2. Vortrags-Gewerkschaft. Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedsspruch.

21. Verbandstag der Brauer und Müller.
Am 6. Verhandlungstag wurden wichtige Abstimmungen vorgenommen. Das Eintrittsgeld wird auf 5 M. festgesetzt, für Beihilfen auf 2 M. 50 Pfennige pro Mitglied und Quartal erhalten die Ortsvereine für Beiträge an die Ortsauschüsse.
An Beiträgen wurden festgesetzt: bis 400 M. Wochenlohn 4 M. Beitrag, für jede weiteren 120 M. Wochenlohn 2 M. Beitrag mehr. Von 1600 M. Wochenlohn ab erhöht sich der Beitrag um 2 M. bei Einkommenssteigerungen von 100 M. pro Woche. Wo der ganze Betrag für das abgelagerte Bier zum Lohn geschlagen ist, wird der halbe Betrag in Abzug gebracht. Beschlossen wurde, daß ab 1. Juli in allen noch ausstehenden Zahlstellen fakultative Beiträge, wie sie vom Hauptvorstand festgesetzt sind, gezahlt werden müssen.
An Unterstufungen wurden festgesetzt: Streikunterstützung den 4fachen Beitrag pro Tag, bei Krankheit den halben Wochenbeitrag, bei Arbeitslosigkeit einen vollen Wochenbeitrag pro Tag.
Die Gehaltskommission legte eine Vorlage mit gleichem Lohnsätzen vor, die nach langer Debatte angenommen wurde. Der nächste Verbandstag findet 1925 in Augsburg statt.

19. Verbandstag der Schuhmacher.
In einem Vortrage über „Die Sozialgesetzgebung im neuen Deutschland“ kennzeichnete Verbandsvorsitzender Simon eine Reihe von Rügen und Lücken des Betriebsratengesetzes und ging dann ausführlicher auf das bevorstehende Gesetz einer „Schlichtungsordnung“ ein. Als Gewerkschafter mit der Absicht von Schlichtungs- und Verständigungsvorhaben grundsätzlich einverstanden, lehnte er den vorliegenden Entwurf doch durchaus ab, weil er die Tendenz habe, die Freiheit und Selbstständigkeit der Gewerkschaften zu beseitigen oder doch ganz stark einzuschränken. Nach einer ebenfalls ausführlichen Besprechung mit dem Entwurf des „Arbeitszeitgesetzes“ und einer Reihe seiner Paragrafen verurteilte Simon auch diesen Entwurf scharf, der, angeblich zur Behebung der Notlage des Landes eingeleitet, die Revolutionserregung nicht nur nicht beseitigt, sondern vielmehr durch die Revolutionserregung noch mehr anheben wird. Die Arbeiterchaft aller Richtungen werde dem Abbau des Achtstundentages ein striktes Nein entgegenzusetzen.
Nach der Diskussion, in der Angehörige aller drei Parteien die beiden Gesetzentwürfe verworfen, fand einstimmig eine entsprechende Resolution Annahme, in der zugleich die von Rassist und etlichen anderen im Reichswirtschaftsrat eingenommene Stellung als Begünstiger zum Arbeitszeitgesetz scharf verurteilt wird.
In Wiederaufnahme der Statutenberatung wurde eine Reihe von Ausgestaltungen beim Unterstufungenwesen, bei der Beitragsberechnung und -stundung usw. vorgenommen. Erweitert wurde das Recht des Vorstandes auf Ausschreibung von Ortsbeiträgen. Weiter wurde beschlossen, daß auch aus lokalen Mitteln Gelder nicht bewilligt werden dürfen zu Maßnahmen, die einer politischen Richtung dienen.
Dr. R. Einkeim-Stuttgart behandelte in einem zweistündigen, an wirtschaftlichem Zahlenmaterial und gewerkschaftlichen Hinweisen reichen Referat über

11. Betriebskrankenkassentag.
Scharfe Stellungnahme gegen den Metzlerverband.
Die Arbeitnehmer der Betriebskrankenkassenverbände fanden sich zu einer Sonderkonferenz zusammen, welche sich mit der zukünftigen Taktik und dem engeren Zusammenschluß der Versicherten befaßte. Es wurde ein Ausschuss gewählt, an dessen Spitze Müller (Berlin) und Lüd (Spanbau) stehen. Dieser Ausschuss wird in Kürze in Berlin die Vertreter der Versicherten der Betriebskrankenkassen zusammenrufen. Die Vertrauensleute aus den Unterverbänden und Bezirken wirken als Beirat mit.
Zu gleicher Zeit tagten die Arbeitgebervertreter und Geschäftsführer weiter. Den Höhepunkt des zweiten Verhandlungstages bildete ein Referat des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Dr. Heinemann über das Verhältnis der Kassen zu den Ärzten. Mit größter Ausführlichkeit legte der Redner die oft fast zum Zusammenbruch der Kassen führenden Schwierigkeiten auf finanziellen Gebiete dar. Eingehend beschäftigte er sich mit den Fragen der freien Arztwahl, die er als Ruin der Kassen ablehnt, und der Möglichkeit der Abfindung der Naturarzte durch die Geldleistung. Er rollte den seit Jahren bestehenden Konflikt zwischen den Kassen und dem Metzlerverband (Sitz Leipzig) auf und nahm mit bemerkenswerter Schärfe gegen das Verhalten dieses Verbandes Stellung. Die Kassen werden heute ausgepowert und finanziell ruiniert durch die immer neuen ungerechtfertigten Forderungen der Ärzte, deren Leistungen oftmals in gar keinem Verhältnis zu den Aufwendungen stehen. An Hand von Ausprägungen hervorragender Ärzte und Führer des Verbandes sowie von Urteilen aus der Betriebszeitung der Ärzte begründete der Redner seine Ausführungen, die oft von lebhaftem Beifall unterbrochen wurden.
In der Aussprache, die sich zeitweise sehr lebhaft gestaltete, wurden von sämtlichen Rednern die Ausführungen des Dr. Heinemann unterstrichen und betont, daß die Kassen keine Versorgungsanstalt für den überfüllten Arztberuf sein können. Müller (Berlin) gab für die Versicherten die Erklärung ab, daß die Arbeitnehmer in dieser Frage hinter der Verbandsleitung stehen und in ihren Organisationen und Parteien in gleicher Richtung arbeiten werden, was lebhaften Beifall bei den Tagungsteilnehmern hervorrief.

Aus der Partei.

Das **Parlamentsbureau Baake** wird zum 1. Juli geschlossen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat das Bureau der Parteipresse die Berichte über den Reichstag und Preussischen Landtag, über Parteitage, Kongresse und Prozesse im Inn- und Ausland geliefert, während des Krieges hat es die Kriegsbereiche von Wilhelm Däumel, Adolf Köster und Hugo Schulz verbreitet. Die Zeitung des Bureau hatte Genosse Kurt Baake niedergelegt, als er im November 1918 von den Volksbeauftragten zur Leitung der Reichslanzele berufen wurde. Die rastlose Tätigkeit des Bureau, dessen journalistische Arbeit mehr und mehr der Sozialdemokratische Parlamentsdienst übernommen hat, hat der Parteipresse große Dienste geleistet. In ihrer Geschichte wird das Bureau Baake seinen ehrenvollen Platz behalten.

Am letzten Tag wurden interne Fragen geregelt. Gegen drei Stimmen erfolgte eine Neuregelung der Behälter der Verbandsangehörigen nach den Vorschlägen der Statutenberaterskommission. Die bisherigen beamteten Mitglieder des Zentralvorstandes sowie der bisherige Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses wurde mit 50 gegen 48 Stimmen von Magdeburg verlegt und mit 54 Stimmen nach Stuttgart verlegt. Steiner (Stuttgart) wurde gegen 6 Stimmen als Ausschussvorsitzender gewählt. Zur Unterstützung der Opfer des Märzputsches und derer, die für die proletarische Sache im Gefängnis saßen, wurden 10 000 M. aus der Verbandskasse bewilligt, mit der Mahgabe, daß der Zentralvorstand dafür zu sorgen hat, daß diese Gelder an die richtige Stelle kommen. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Aus der Partei.
Das **Parlamentsbureau Baake** wird zum 1. Juli geschlossen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat das Bureau der Parteipresse die Berichte über den Reichstag und Preussischen Landtag, über Parteitage, Kongresse und Prozesse im Inn- und Ausland geliefert, während des Krieges hat es die Kriegsbereiche von Wilhelm Däumel, Adolf Köster und Hugo Schulz verbreitet. Die Zeitung des Bureau hatte Genosse Kurt Baake niedergelegt, als er im November 1918 von den Volksbeauftragten zur Leitung der Reichslanzele berufen wurde. Die rastlose Tätigkeit des Bureau, dessen journalistische Arbeit mehr und mehr der Sozialdemokratische Parlamentsdienst übernommen hat, hat der Parteipresse große Dienste geleistet. In ihrer Geschichte wird das Bureau Baake seinen ehrenvollen Platz behalten.

Vanflavin-Pastillen
Ist. gelblich
zu Desinfektion der Mund- und Rachenhöhlen
besonders bei
Grippe, Halsentzündung, Verschleimung
Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien
für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf unterwies
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21.

Erfinder in Nöten.

Wie kann sich der Erfinder vor Ausbeutung schützen?

Wer hat eine Ahnung davon, wieviel Erfinder und Erfinderrinnen links und rechts, vor und hinter uns herumspazieren? Vermutlich halten sie zunächst ihre Erfindung und manche danach ihren Reinsfall gründlich geheim. Davon ist noch zu sprechen. Zunächst sei erwähnt, daß nach den amtlichen Angaben des Reichspatentamts (Blatt für Patent, Muster- und Zeichenwesen) angemeldet wurden: Im Jahre 1920: 53 527 Patente, 56 721 Gebrauchsmuster; im Jahre 1921: 52 467 Patente, 58 840 Gebrauchsmuster. Das macht in zwei Jahren 221 555 Patente und Gebrauchsmuster, also fast eine Viertelmillion, und bedeutet, die Sonntage nicht mitgerechnet, einen täglichen Einlauf von über 300 Patenten und Gebrauchsmustern. Wenn wir von unsern Erfindern etwa sonderliche Ränge ausscheiden, wie sie Roda Roda schildert; Leute, die einen Erfindersinn haben oder ein perpetuum mobile konstruieren wollen, ferner alle größeren und mittleren Firmen, die sich in der Regel genau auskennen, dann verbleiben die kleineren Firmen und der Bürger und Arbeiter.

„Wie“ erfunden wird.

Es soll an dieser Stelle, sofern nicht Zuschriften Verfasser und Redaktion darum ersuchen, davon abgesehen werden, die Frage: „Patent oder Gebrauchsmuster“ zu besprechen, ob und wann es sich empfiehlt, das eine oder das andere zu erwirken, oder beide zugleich; ferner sei unbesprochen, wie man ein Gebrauchsmuster selbst anmeldet, so daß also nur die patentamtliche Gebühr von jezt 60 M. erwächst. Wie wollen annehmen, die Erfindungs-idee sei dem Haupte plötzlich entsprossen wie Pallas Athene gepanzert und gegürtet dem Haupte des Zeus, und der glückselig-unglückliche Erfinder will nun, vollstündlich gesprochen, die Sache zu Geld machen, d. h. anmelden und verwerten. Es gibt Patentbureaus, die große Listen von Erfindungsaufgaben herausgeben, um so zu Erfindungen anzureizen und Aufträge zu bekommen, ähnlich wie in der Groteske von der Firma, die allein deshalb eine explodierende Lampe konstruierte, um ihren Feuerlöschapparat abzugeben. In einem solchen Laborat las ich einmal folgenden tiefgründigen Satz: „Denke nach, und wenn du nachgedacht hast, derle weiter nach, und höre nicht auf, nachzudenken! So gedeihen Handel und Industrie, Ackerbau und Landwirtschaft.“ (Und der Beutel des Patentbureaus.)

Patentbureaus.

Ein Patentbureau in einer kleinen rheinischen Stadt verspricht in gedruckter Aufschrift, daß es grundsätzlich nur an Erfinder herantritt, für deren Schutzrecht es „eventuell“ auch wirklich Interessenten hat, stellt seine Arbeit (?) einer Monat lang zur Verfügung und berechnet „nur“ für direkte Spesen, Portis „und dergleichen“ 98 (!) Mark, die „mit gleicher Post“ abzugeben sind. Warum es diese Hundert nicht voll verlangt, sondern den Warenhauspreis von 98 M. ist schätzerhaft. Uebrigens verspricht das Bureau, diese Summe nach erzieltm Verkauf von einer Sprozentigen Verwertungsprovision wieder in Abzug zu bringen. Nach erfolgtem Verkauf!

Zweiter Fall: Ein Berliner Bureau will die Schutzrechte verwerten, wie es mittelt. Beglückt fragte die telephonisch an, und hörte mit langem Gesicht, daß du zu dem Zweck in seiner privaten Zeitung oder Liste ein Inseratenabonnement aufgeben sollst.

Dritter Fall: Ein anderes Berliner Bureau garantiert auf pompösem Titelblatt bei Erteilung von Patenten, berechnet aber auf Seite 4 den Verlust bei der Nichterteilung auf nur 425 M. in seinem Hause, genau auf ¼ im Verhältnis zu den „Konkurrenz-anmeldedepositen“. Daneben ist es fast köstlich, den an unläuterem Wettbewerb grenzenden Kampf — falls die Angaben nicht zutreffen — gegen Patentanwälte und andere Patentbureaus zu beobachten, deren Beurteilung es glatt als „verloren“ erklärt. Träfe diese Schilderung zu, auch nur in etlichen Fällen, wäre es Pflicht der zuständigen Behörden, hier mit eisernem Besen einzugreifen. Statt langer Ausführungen möge ein weiteres der vorgelegten Sitate genügen: „Gewisse Bureaus versprechen, eine kostenlose Recherche der vorgelegten Erfindung zu machen. . . . Ich warne Sie vor solchen oberflächlichen Recherchen. . . . Die anderweitig drohenden Rechtsforderungen bedeuten eine Schraube ohne Ende usw. Dann folgt eine Liste der Preise der Patenturkunden in den einzelnen Ländern wie und ohne Vorprüfung der Reueheit, die den heute unendlich wichtigen Passus hat: „Berechnet wird der Kursunterschied gegen-

über dem Stande von Juli 1914 in jenen Staaten, in welchen eine Erhöhung der Valuta eingetreten ist.“

Welche Staaten er wären das nicht! O armer Eierbecher! O patentierter Klappregenschirm! Nach der sorgsamsten Liste kostete das Patent für den Kongo bei 20jährigem Rechtschutz vor dem Kriege 160 M. in Tunis für ein Jahr 200 M. Was mag das — der Valutavermerk ist ja so schamhaft — heute kosten!

Lehren.

Der makere Durchschnittserfinder vergewissere sich erst einmal bei den führenden Firmen der Branche, in die seine Erfindung fällt, welche Aussichten eigentlich vorhanden sind. Fremde Staaten lasse er — ganz abgesehen von der Valuta — das Gehirn ihrer eigenen Bürger anstrengen. Wenn ein erstes Haus der Branche Interesse für die Erfindung zeigt, dürfte es nicht schwer fallen, ohne Hilfe Dritter zu einem Verkauf oder Beteiligung zu kommen. Warnend sei hier noch auf die Ausführungen an dieser Stelle in der Nummer vom April verwiesen. Sieht aber ein wirklicher Geistesblitz vor — die Fälle dürften selten genug vorkommen — wird eine Verständigung mit ersten Firmen durch Zuhilfenahme eines Patentanwalts als jahreslänglichen Berater erleichtert werden, wie ein solcher überhaupt dann zu empfehlen ist, wenn man nicht selbst verhandeln kann. Das sinn- und planlose Anmelden von Schutzrechten in fremden Ländern ist heutzutage ein doppelter Unsinn, der geradezu zum Ruin des kleinen Mannes führen kann. In den überaus meisten Fällen wird ein Gebrauchsmuster genügen, wenn die ganze Erfindung zum Schluß in Brand und Boden hinein verbrannt werden soll. Bei Verwertungsangeboten aber beachte: Erst den Abschluß, dann die Provision! So wirst du keinen Schaden erleiden.

Nehmen wir an, Tante Kurelle hat einen neuen Eierkocher erfunden, oder Onkel Hans einen Schirm, bei gutem Wetter bequem in der Westentasche zu tragen. Dann hängt ihnen meist nach der glücklichen Geburt des Gedankens der Himmel voller Geigen; sie träumen bereits von einem goldenen Beit und sehen ein Füllhorn voller Gaben auf sich ausgeschüttet. Aber ach, zwischen Pipp und Rechesrand. . . . Haben sie einen Prozeß, werden sie, auch in Fällen, in denen kein Anwaltszwang besteht, einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen, und keinen Winkelschulzente, weil sie dann sicher gehen; denn der Anwalt hat seine Prüfungen abgelegt, versteht also sein Fach und nimmt die vorschriftsmäßigen Gebühren.

Das Schuldkonto des Frauenmörders.

Die bevorstehende Verhandlung gegen Grohmann.

In der Strafsache gegen den des mehrfachen Mordes beschuldigten Grohmann ist nunmehr Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I auf den 1. Juli und folgende Tage angelegt worden. Aus der Fälle der Verdachtsmomente sind drei Fälle übrig geblieben, die nun zur Voranklage geführt haben. Der Angeklagte hat schon 28 schwere Vorstrafen, zum Teil wegen schwerer Gewalttaten auf fernem Gebiete, erlitten, darunter 15 Jahre Zuchthaus wegen Vergewaltigung eines kleinen Mädchens, in deren Folge das Mädchen gestorben ist. Zu der Verhandlung, die mehrere Tage dauern wird, sind außer 48 Zeugen mehrere medizinische Sachverständige geladen, die sich über die geistige Beschaffenheit des Angeklagten zu äußern haben werden. Es wird behauptet, daß zwei Brüder des Angeklagten in Irrenanstalten gestorben, eine Schwester geistig nicht normal und der Vater ein Linker gewesen sei. Die Gerichtsärzte Professor Dr. Strauch und Medizinalrat Dr. Sidmer haben begutachtet, daß der Angeklagte nicht unter den § 51 StGB. falle, die Verteidigung beantragt, noch den Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld und den Neurolog Dr. Kronfeld als Sachverständige zu hören. Den Vorsitz im Gerichtshofe wird Landgerichtsdirektor Jeep führen, die Anklage wird Staatsanwaltshilfsrat Dr. Hanner vertreten, die Verteidigung führen die Rechtsanwältinnen Dr. Fren, Dr. Beerwald und Dr. Wendel. — Da in der Verhandlung viele geradezu haarsträubend schmutzige Sachen zur Erörterung gelangen müssen, wird die Öffentlichkeit während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen werden.

Fabrikbetrieb und — Vermieterschutz.

Mietern von Gewerberäumen wird von den Mietvermittlungsämtern und von den Gerichten weniger Schutz gewährt als den Vermietern. Das kann für einen Gewerbetreibenden, den der Vermieter los werden will, zu einer schweren Existenzgefährdung führen. In solchen Fällen hört der Mieterschutz tatsächlich auf, und man kann dann nur noch von einem Schutz des Vermieters sprechen. Mit dem Inhaber des zur bisherigen Betriebsstätte hinausgebrachten Gewerbebetriebes sind die Leidtragenden auch die Arbeiter, die bei zeitweiliger Stilllegung brotlos werden.

In Sorge, von diesem Schicksal betroffen zu werden, machen Arbeiter der Firma Adria, Gesellschaft für Apparate- und Maschinenbau (Berlin, Prenzlauer Allee 36) uns Mitteilung von einem Streit, bei dem der Eigentümer des Grundstückes ein Räumungsurteil durchgesetzt hat. Dieser, der Inhaber der Firma Max Bernhardt u. Co., forderte anfangs die bisher von der Firma Adria benutzten Räume zur Erweiterung seines auf denselben Grundstück untergebrachten eigenen Betriebes. Hinterher machte er geltend, daß in dem Betrieb der Adria ein Motor arbeitete, durch den zu starke Erschütterungen hervorgerufen würden. Die Firma Bernhardt blieb vor Gericht Siegerin, und jetzt will sie das ihr gegen Adria zugewilligte Räumungsurteil vollstrecken lassen. Der Gerichtsvollzieher hat bereits seinen Besuch gemacht, doch ist die Vollstreckung noch für einige Tage aufgeschoben worden. Die Arbeiter sagen uns, daß es dem Inhaber der Firma Adria nicht möglich gewesen sei, rechtzeitig andere Räume zu beschaffen. Auch er seinen Betrieb stilllegen, so werden die bei ihm beschäftigten 40 Personen brotlos. Wahrscheinlich würde auch in einer von Adria belieferten Fabrik in Sachsen der Betrieb zeitweilig gehemmt, so daß es dort gleichfalls zu Entlassungen kommen könnte.

Uns will allerdings scheinen, daß auch der Inhaber der Firma Adria nicht ganz unschuldig an diesen bedauerlichen Folgen wäre. Der Streit geht ja schon eine rechtlich lange Zeit, so daß man fragen muß, ob nicht doch Vorkehrungen zur rechtzeitigen Beschaffung anderer Räume hätten getroffen werden können.

Fahrkartenverkauf für die Ferien-Sonderzüge.

Auf den meisten Berliner Fernbahnhöfen, von denen im Juli Ferienfernzüge zu ermäßigten Fahrpreisen abgehen werden, beginnt heute (Dienstag), den 20. Juni, vormittags 10 Uhr, der Fahrkartenverkauf. Das Publikum tut gut, sich sogleich zu dem betreffenden Bahnhof zu begeben und Karten zu entnehmen. Nach der Ostsee fahren vom Bahnhof Charlottenburg am 6., 8. und 9. Juli Züge nach Kolberg und Greifenberg in Pommern mit Anschluß nach Hork, Remah, Deep, Hentzenhagen und Timmenhagen, am 7. Juli nach Sahnitz und am 7. und 8. Juli nach Troffenheide. — Nach dem Riesengebirge fahren am 7., 8. und 15. Juli Züge vom Borsiger Bahnhof, nach dem Sauerland am 8. Juli vom Potsdamer Bahnhof, nach dem Harz am 7., 8. und 15. Juli vom Potsdamer Bahnhof, nach Thüringen am 7. und 8. Juli vom Potsdamer Bahnhof und nach der Nordsee am 6., 7. und 7./8. Juli vom Lehrter Bahnhof. Für die am 1., 2., 6., 7., 8., 9., 10., 16. und 17. Juli vom Anhalter Bahnhof nach München fahrenden Züge ist der Vorverkauf bereits eröffnet, während für die am 7./8. und 16./17. Juli vom Anhalter Bahnhof nach Stuttgart und Karlsruhe fahrenden Züge der Vorverkauf gleichfalls heute am 20. Juni im Anhalter Bahnhof beginnt.

Prüfungstermin im Konkurs Köhn.

Am gestrigen Montag vormittag fand im Amtsgericht Schöneberg der bereits wiederholt vertagte Prüfungstermin im Konkurs Köhn statt. Geprüft wurden 80 Forderungen. Konkursverwalter Schubert erhob dagegen den Einspruch und bestritt sämtliche Forderungen. Der aus der Haft vorgeschickte Schuldner Köhn schloß sich den Ausführungen des Konkursverwalters an und erklärte, daß er seine Mandanten voll hätte befriedigen können und daß sie sämtlich zu ihrem Gelde gekommen wären, wenn nicht Konkurs angemeldet worden wäre. Der Konkursverwalter Schubert stellte bei dem jetzigen Stand des Konkurses 2,6 Proz. für die 60000 Gläubiger in Aussicht. Die Aktiva betragen 7 1/2 Millionen Mark, wovon 5 Millionen zur Verteilung an vorberechtigte Gläubiger fallen. Der nächste Prüfungstermin findet am 10. Oktober d. J. statt. Die Voruntersuchung gegen Köhn ist in diesen Tagen abgeschlossen worden, so daß noch vor den Gerichtsferien die Hauptverhandlung vor Gericht stattfinden wird.

Der Ruf durchs Fenster.

35) Roman von Paul Frank.

Der Schriftsteller nahm, als er endlich das Polizeigebäude erreicht hatte, über die Treppen eilend, mehrere Stufen auf einmal und machte dann erst halt, als ihn im ersten Stock ein Posten anhält und fragte, wohn er wolle und in welcher Angelegenheit er vorzusprechen gedenke. Da er die vierte Abteilung als sein Ziel bezeichnete und zur besseren Erklärung hinzufügte, daß sein Hiersein im Zusammenhang mit dem Fall Reuß anzusehen sei, wußte der Mann nicht sogleich Bescheid, worüber Garbislander, der es beim besten Willen nicht begreifen konnte, daß in diesem Haus nicht jedermann sich darüber klar war, wer Reuß gewesen, und daß er vor allem seit vier Tagen vermißt werde, in ärgerliche Bestürzung geriet. Die Tatsache allein, daß man den Namen Albert Reuß ohne innere Anteilnahme auszusprechen imstande sei, erschien ihm absurd und auf alle Fälle verkehrt. Er fand es daher angemessen, sich eines zurechtweisenden Tons zu bedienen, als er sagte: „Ich komme in Angelegenheit des verschwundenen berühmten Schauspielers. . . .“ Worauf der Mann ihn kurzerhand an Kommissar Drosdow, Zimmer 39, wies, nachdem er ihm vorher bedeutet hatte, den Gang links zu benutzen und an der dritten Tür zu klopfen.

Ohne den jungen Schriftsteller eines weiteren Blicks zu würdigen, wendete er sich hierauf einer Frauensperson zu, die einer Zeugenvernehmung wegen gekommen war und die nicht gewillt schien, hier länger, als unbedingt erforderlich, sich aufzuhalten.

Vor der Tür Nr. 39 stand ein Amtsdienner, der nur der russischen Sprache mächtig war und der nach langem vergeblichen Parlamentieren, das zu keinem befriedigenden Ergebnis führen konnte, sich endlich dazu verstand, einen Kollegen zu Hilfe zu rufen, der Garbislander in dessen Muttersprache auseinanderzusetzen wußte, daß Dr. Drosdow augenblicklich nicht zu sprechen sei, da er mit Vernehmungen in der Angelegenheit Dieft beschäftigt war, jenes ebenfalls unaufgeklärten Falles des plötzlich aus dem Eiterhaus abhanden gekommenen jungen Mädchens.

Garbislander hatte das Schicksal der unglücklichen Erika Dieft, von der man annahm, daß sie ruchloser Mörderhand zum Opfer gefallen sei, aus den verschiedenen Zeitungs-

berichten erfahren, zur Zeit, da er über den Stand der Angelegenheit Reuß sich unterrichten wollte. Nun kam ihm jenes unbekante, gleichwohl beklagenswerte Fräulein Dieft abermals in die Quere, so daß es schon beinahe wie eine beabsichtigte lächerliche Schicksalsfügung aussah; darum besann er sich nicht lange, überreichte der vor ihm stehenden Amtsperson seine Visitenkarte und fragte: „Wo befindet sich das Bureau des Polizeipräsidenten?“

Nachdem er ein weiteres Stockwerk hinter sich gebracht, übergab er dem ihn dort empfangenden Organ ebenfalls seine Karte, mit der Bitte, zugleich zu bestellen, daß es sich um eine wichtige Mitteilung zur Sache Reuß handle, und daß er, ein Freund des Vermissten, aus Wien an diesem Morgen in Riga angekommen sei. Statt einer Antwort öffnete der Mann, der nach einer kleinen Weile wieder sichtbar geworden war, die hohe, barock verzierte Tür, auf der kurz und bündig zu lesen war: „Der Polizeipräsident.“

Dieser sah, wie Klaus Garbislander eintretend festzustellen Gelegenheit hatte, inmitten eines mehr als geräumigen Zimmers, dessen Wandschmuck allerlei deutlich in die Augen springende Beziehungen zur Gerechtigkeit und ihren Helfern auswies. So standen in den Ecken hohe Regale, die mit Porträts angefüllt waren, in denen die Gesetze der zivilisierten Menschheit verzeichnet standen. Auf dem Tisch lagen Aktenbündel, deren jedes mit einem grotesk geformten Schwermetall geschmückt war, dahinter, die Mitte bezeichnend, standen zwei Kerzen und zwischen ihnen befand sich das Kreuz, eine Anordnung, die dem Raum gebührenden Ernst und eine Feierlichkeit verlieh, die hervorzurufen wohl in der Absicht des Herrschers in diesem Reich gelegen war.

Der Präsekt erhob sich aus seinem Beinhessel nur um ein geringes, nachdem er den jungen Mann höflich aufgefordert hatte, Platz zu nehmen; Ludolin sah den ihm fremden Herrn mit jenem Mißtrauen an, das ihm bei allen Bewegungen mit Unbekannten leitete, da es seine Auffassung war, der Menschheit außerhalb der Polizeibureaus und Justizpaläste kurzweg erst recht jedes Verbrechen zuzutrauen, so daß er die dementsprechende Vorsicht übte.

Garbislander, zu tatkräftigem Auftreten entschlossen, fahndete nach einleitenden Worten, wurde indessen solcher Nähe enthoben, da der Präsekt die Unterhaltung begann: „Sie haben uns, wie ich höre, eine wichtige Mitteilung in der Angelegenheit Reuß zukommen zu lassen? sagte er.

„Ich glaube allerdings, daß ich Persönliches über meinen

Freund zu berichten imstande wäre, das zur Klärung entschieden beitragen könnte. Ich bin mit seiner Frau aus Wien heute morgen hier angekommen.“

„Sie müssen nämlich wissen. . .“ sagte der Präsekt bedeutungsvoll, „daß der Fall in der Tat nicht ganz einfach ist.“

„Vor allem jedoch,“ fügte der junge Schriftsteller hinzu, „vor allem läge mir daran, — und er wußte, daß er nun dazu kam, seinen Trumf auszuspielen —, die verehrliche Behörde auf einen Irrtum aufmerksam zu machen, der ihr bedauerlicherweise unterlaufen ist.“

Ludolin, der die Sucht der Leute kannte, klüger sein zu wollen als die Behörden, und irgendein Unmögliches zu verlangen, das mit dem in Frage stehenden Fall gewöhnlich nur entfernt oder gar nichts zu schaffen hätte, lächelte überlegen und zugleich erwartungsvoll.

„Ich will nichts anderes sagen, als daß man sich hier, jene Personalbeschreibung betreffend, die ich an den Säulen (oben gelesen habe, im Irrtum befindet, da dieses Signalement vollkommen unrichtig ist. . .“

Garbislander betonte das Wort „unrichtig“ derart, daß sich der Präsekt irgendwie getroffen fühlen mußte, der jedoch noch immer seine Ruhe behielt und bloß seine Zeigefingerspitze auf den Klingelknopf sinken ließ, worauf er dem alsbald erscheinenden Beamten zurief: „Den Fall Reuß!“

Das Aktenbündel, in dem das bisher erhobene Material gesammelt lag, hatte bereits beträchtlichen Umfang. Ludolin öffnete es und entnahm ihm einen gedruckten Zettel, den Garbislander auf den ersten Blick als ein Exemplar der Proklamation erkannte, die er gelesen hatte.

„Reimen Sie diese Beschreibung?“ fragte der Präsekt, der Garbislander das bedruckte Blatt vor die Augen hielt.

„Das und kein anderes,“ entgegnete der Schriftsteller.

„Das Signalement wurde auf Grund der Angaben des Direktors Weiswasser vom hiesigen Deutschen Theater ausgegeben, die mit denen anderer Schauspieler, die den Vermissten genau zu kennen vorgegeben haben, übereinstimmen. Außerdem haben wir doch der Veröffentlichung eine Photographie beigegeben, die die Behauptung der Personalbeschreibung, im wesentlichen wenigstens bestätigt. . .“

„Und doch sind die bezeichneten Angaben unrichtig und unzutreffend, da Reuß, wie Ihnen doch ebenfalls bekannt sein dürfte, nicht in seinen Zivilkleidern, sondern in der Maste und Uniform seiner Rolle sozusagen verschwunden ist. . .“

(Fortsetzung folgt.)

Stunde nach einer Vorleistung vornehmen müssen (an Stelle von Montag und Samstag frühestens Sonntag und Sonntag). Die Spieler des technischen hochwertigen Spiels und werden dauernd überlegen. Bereits nach einigen Minuten löst das Spiel das erste Tor, dem dann bald das zweite und dritte folgen. Eine Flanke der linken Seite des Berliner Torwart Schreiber und die Güde haben die ersten und einzigen Tore. Die zur Tore stehen die Berliner ihre Torwehr auf 4. Nach dem Spiel haben die Berliner den Wind im Rücken, so daß die Angriffe etwas schwerer ausfallen. Berlin's Verteidigung aber ist unüberwindlich. Die Berliner schlagen das zweite Tor und bald darauf erntet der Schlußstoß des Berliner-Schützen die beiden sehr feierlichen Mannschaften, das Berlin verdient mit 3:1 gewonnen hat.

Arbeitersport.

Sportfest der Freien Turnerschaft. Am Schöneberger Stadion (Dominicus-Sportplatz) mit seiner 60-Meter-Rundbahn und den gemauerten Flächen für Reichleiste und Spiele fand am Sonntag das 1. Vereinsfest trotz des Dauerregens mit etwa 2000 Teilnehmern statt. Bei den Wettläufen teilten sich Schöneberg, Guben und Wedding in die verschiedenen Gänge. Erfolge erzielten wurden auch die jungen Erceden, besonders der Anhalter über

1000 Meter, bei dem der kleine Schilke-Weiler keine größeren Konkurrenten aus dem Felde schlug. Das reichhaltige Programm wurde mit Fußballspielen abgeschlossen.

Reisefolge: 100-Meter-Lauf: Männer: Jure-Wedding und Storkmann-Guben 12,1 Sek.; August-Bläser 12,2 Sek.; Schöneberg 12,3 Sek.; Turnerinnen: Wälder-Schöneberg 14,1 Sek.; Frau-Wedding 14,2 Sek.; Wälder-Schöneberg 15,2 Sek. — 4 mal 100-Meter-Lauf, Männer: Schöneberg 3 Min. 50 Sek. — 4 mal 100-Meter-Lauf, Frauen: Schöneberg 5 Min. 30 Sek.; Turnerinnen: Hermann-Schöneberg 10 Min. 15 Sek. — Hochspringen, Männer: Wälder-Schöneberg 1,55 Meter, Schöneberg 1,55 Meter, Turnerinnen: Wälder-Schöneberg 1,22 Meter, Schöneberg 1,22 Meter, Turnerinnen: Dittus, Männer: Guben-Schöneberg 16,10 Meter. — Ruppelshagen, Männer, 1. u. 2.: Schmidt-Schöneberg 16,70 Meter, Turnerinnen: Zeitzmann und Frau-Wedding 6,55 Meter, Turnerinnen: Schmidt-Schöneberg 12,06 Meter, Anhalter: Siebert-Wedding 8,50 Meter. — Schleuderball, Alte Herren: Rahlmus-Schöneberg 25,50 Meter. — Schlagballwettbewerb: Mädchen: Schöneberg 27,20 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

W. 100. 1. Berlin, Bohlenstr. 40. 2. Ja. Die Beschwerde. Ich glaube aber nicht, daß Sie damit Erfolg haben werden. — 3. 2. 30. 1. Sie müssen zunächst einen Mietvertrag abschließen und ihn dem Wohnungsausschuss zur Genehmigung einreichen, die selbstständig besichtigt werden kann. 2. Die Schlüssel sind in Berlin, Wälderstr. 51 (Dank Weiler). — 3. 28. Unter Umständen ja. Gegen den abtunenden Bescheid können Sie aber Beschwerde einlegen. Die Beschwerdefrist ist an die Stelle zu richten, die den Bescheid erlassen hat. — 4. 2. 30. 1. Wenn Ihnen die geforderte Miete zu hoch erscheint, so lassen Sie von der Mietminderungsbehörde eine Bescheiderteilnahme beantragen. 2. Das ergibt sich aus der Mietminderungsordnung und der Bestätigung dazu. 3. Sozialversicherungsbehörde. — 4. 2. 30. 2. Von den Standbesetzern. Sollten Sie vor diesem nicht persönlich erscheinen können, so müssen Sie sich an das Gericht oder den Notar wenden. Im Übrigen ist die Einwilligung der Mutter sowie des Vormundes erforderlich. 3. Die Höhe der Kosten können wir Ihnen nicht angeben; sie sind aber nicht erheblich. — 4. 71. 10 bis 12 Pros. — Regel 8. Wenn Sie sich über den Bescheid, Strafverzug zu stellen. Im Übrigen sind die in Frage kommenden Personen auch schuldenspflichtig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Nur. Berlin) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Schlichter

Eugen Habicht O 112
am 14. Juni gestorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. M., nachm. 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Kirchpolzstraße, statt.

Seine Frau unter Leitung, Ferner

Otto Klinsky Stolpische Str. 30
am 18. d. M. Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. M., mittags 12 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Kirchpolzstraße, statt.

Seine Frau unter Leitung, Ferner

Weg Beteiligung erwartet
1. 9. 13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83, 85. Geschäftszeit nachm. 3 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Nachkommen! Geld- u. Weisheits!
Donnerstag, 22. Juni, nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gangelauer 25

Allgem. Branchenversammlung der Gürtler, Kronenschloffer, Klumpner u. in der Branche betät. Kolleginnen

Tagungsordnung: 1. Die gegenwärtige Situation in unserer Branche. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Branchenausschüsse. 4. Beschlüsse.

Erfahren aller Kolleginnen und Kollegen notwendig.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Veranstaltung wird pünktlich eröffnet, da der Saal um 7 Uhr gedrückt sein muß.

Donnerstag, 22. Juni, nachm. 5 Uhr in der Schulstraße, Weinmeisterstr. 10-11

Branchenversammlung der Emailierer u. verw. Berufe

Tagungsordnung: 1. Bericht von der Verhandlungskommission. 2. Diskussion. 3. Branchenausschüsse.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt
Donnerstag, 22. Juni, abends 7 Uhr in der Schulstraße, Weinmeisterstr. 10-11

Branchenversammlung der Eisenkonstruktions-Schloffer

Tagungsordnung: 1. Vortrag: Schlichtungsordnung und Arbeitsverhältnisse. 2. Diskussion. 3. Branchenausschüsse. 4. Beschlüsse.

Ohne Mitgliedsbuch der Metallarbeiter kein Zutritt
1. 9. 14 Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhans
Cavalier, russische Joseph-Legende
7 Uhr

Schauspielhaus Nathan der Weise
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 1/2: Potasch und Perlmutter
Mittw. 7 1/2: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
Geschlossen.

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2: Die verunkennete Glocke
Mittw. 7 1/2: Die verunkennete Glocke

Die wunderliche Geschichte des Kapellmeisters Kreutzer im Th. d. Königsplatz
Str. tägl. 8 Uhr

Komödienhaus
u. „Gretchen“
Günther, Robert.

Berliner Th.
7 45: Madame Fillet

Residenz-Th.
Täglich 8 Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
Arnold Kortz
Adele Sandrock

Trianon-Th.
Täglich 8 Uhr:
Moral
Burg, Limburg, Junkermann, Schroth

Winterritzen
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet

Volkstheater
Theater a. Büllovi
D. Verschweuder

Lessing-Th.
Sommerspielzeit
Abend 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina d. Königs

Genf. Künstler-Th.
Sommerspielzeit
Abend 8 Uhr:
Die erste Nacht
Max v. Hugo Hirsch
Max Adalbert
Lily Flohr

Reichshallen-Th.
Abend 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger

Theater a. Koln. Tor
Wahlstr. 11 877
Abend 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
„Wahlstr. 11 877“ — und
„Der Sänger“

Theater des Orkus
(Rose-Theater)
Auf d. Garten 5 U.
Holla-Wa-Wa-Wa-Wa-Wa

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Der Meister vom Montmartre
Offenbachs Liebesb.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9
Täglich:
Die Prinzessin v. Nil
Operette in 3 Akten
sowie Spezialitäten
Beginn 8 Uhr

B.T.L.
Potsdamer Str. 33
Carola Toelle
in Keen
Außerdem:
Das kleine Modistenmädchen
Turnstr. 12
Fr. Zeinik
in
D. Kreuzer-Sonate

Rennen zu Strausberg
Dienstag, 20. Juni, nachm. 3 Uhr.

Preuss. Staats-Lotterie
250 000 Lose — 337 000 Gewinne
im Gesamttrage von über

319 Millionen Mark

6 x 1 Million M.
6 x 500 000 M.
6 x 300 000 M.

Originallose zum amtlichen Preis:
1/10 15.50 M., 1/4 31.20 M., 1/2 62.40 M., 3/4 124.80 M.
Porto und amtliche Gewinnliste 3 Mark.

Ziehung 1. Klasse schon 27. und 28. Juni

Ritter,
P. Raddatz & Co.
Staatl. Lotterie-Vermittlung, Berlin W 66
Leipziger Straße 123.
Postcheckkonto 3331

Bank für Handel und Industrie
(Darmstädter Bank)

69. ordentliche Generalversammlung
Wir beehren uns, unsere Aktionäre nach §§ 22 bis 25 der Satzung zu der am Sonntag, den 15. Juli dieses Jahres, vormittags 11 Uhr, in unserem Geschäftskolale zu Darmstadt, Rheinstr. 22, stattfindenden neunundsechzigsten ordentlichen Generalversammlung mit folgender Tagesordnung einzuladen:

1. Erstattung des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1921 durch den Vorstand;
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Gewinnverteilung;
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats;
4. Beschlußfassung über die Verschmelzung der Gesellschaft mit der Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien durch Genehmigung eines Vertrages, auf Grund dessen das Vermögen der Gesellschaft als Ganzes mit dem Rechte zur Fortführung der Firma unter Ausschluß der Liquidation auf die Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien übergeht, und für die nicht entsprechend dem Verträge mit dieser vom 23. Oktober 1921 im Besitze der Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien befindlichen Aktien der Gesellschaft Aktien der Nationalbank gewährt werden in der Weise, daß auf je 1 Aktie der Gesellschaft im Nennwert von M. 1000,— mit Dividendenberechtigung vom 1. I. 1922, 1 Aktie der Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien im gleichen Nennwert und mit gleicher Dividendenberechtigung und auf je 7 Aktien der Bank für Handel und Industrie im Nennwert von M. 250,— mit Dividendenberechtigung vom 1. I. 1922 je 3 Aktien der Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien im Nennwert von je M. 1000,— mit Dividendenberechtigung vom 1. I. 1922 gewährt werden.

Die Hinterlegung der Aktien bzw. des ordnungsmäßigen Hinterlegungscheines eines deutschen Notars, der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins in Gemäßheit des § 24 der Satzung hat spätestens am 11. Juli d. J. während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen, und zwar entweder bei der

Bank für Handel und Industrie
Berlin und Darmstadt,
den sämtlichen übrigen Niederlassungen der Bank oder in
Cassel bei den Herren Floino & Siebel,
Coblenz bei Herrn Leopold Seilmann,
Dresden bei den Herren Albert Kuntze & Co.,
Eisen a. d. Ruhr bei Herrn Simon Hirschland,
Frankfurt a. M. bei den Herren Otto Hirsch & Co.,
Göttingen bei den Herren H. P. Kleitwig & Reibstein,
München bei den Herren Merck, Finck & Co.,
Stuttgart bei den Herren Stuber & Co.

Berlin und Darmstadt, den 17. Juni 1922.

Bank für Handel und Industrie
v. Simson. Andrea.

Laudenbach

natürl. Größe
1/6 natürl. Größe
natürl. Größe
natürl. Größe
natürl. Größe

Bekanntmachung.
Zum Anschlag auf Oberbürgermeister Scheldemann vom 4. Juni 1922 (1. Pfingstfeiertag, nachmittags zwischen 5 1/2 und 5 3/4 Uhr) bei Wilhelmshöhe.

Obige Abbildungen geben wieder:

1. links: Den vom Täter benutzten Gummiball (in natürlicher Größe).
2. rechts: Den oberen Teil des vom Täter auf der Flucht verlorenen Eichenkoffers (in natürlicher Größe).
3. mittig: Das Strohband mit der Spatenwinde (in natürlicher Größe).
4. ebenfalls mittig: Den ganzen Stroh (in 1/2 der natürlichen Größe), Gesamtlänge 90 cm).
5. oben links und rechts: Schriftzeichen, die sich auf einer in der Nähe des Tatortes gefundenen Karte der Umgebung Cafés befinden.

Alle Personen, die in der Lage sind, irgendwelche Angaben über die Herkunft oder den Besitzer dieser Gegenstände zu machen, werden ersucht, bei der nächsten Kriminalpolizei oder bei der Gasseier Staatsanwaltschaft sich alsbald zu äußern.

Auf die für Ermittlung des Täters ausgelegte Belohnung von

50 000 Mark

mit Hinweisen.
Café, den 17. Juni 1922.
Wienberger: S. 3. 442/22.

Der Oberstaatsanwalt.

Luna-Park
Heute
Volkstag
Doppel-Konzert
Musikdirektor Fritz Brase
Kapellmeister Franz Hoffelder
Groß-Feuerwerk
Alle Attraktionen in Betrieb
Eintritt 2.50. — Steuer 1.50

Finstenberg
Thüringer Wald 509-500 n.
Zur beliebigen, landesweit bekannten
Finstenberg-Kahlfeldung-Baumtag-Exkursion.
Zu jeder beliebigen Zeit, bei jeder beliebigen
Nachmittag, jeden Sonntag, 2. Sonntag, 3. Sonntag,
Montag, 7. Sonntag, 14. Sonntag, 21. Sonntag, 28. Sonntag.

Metropol-Varieté
Behrenstr. 84
Freitag, 22. Juni,
8 Uhr
Ehrenabend für
Ernst Riedel
Festvorstellung
Ehre Künster der Berliner Varieté- u. Kabarett-Szene haben ihren Lebenswerk-Mitwirkung ergriffen.
BALL
Sämtliche Tische sind reserviert. — Vorverkauf 11 bis 2 Uhr im Bureau.

Bel Schwäche, Neurasthenie
bald eriel Geschichte
Dr. Hoffbauers Yohimbin-Lecithin-Präparate
Eine vollwertige Ergänzung des im Körper verbrauchten Nervstoffes
Ausführliche Literatur kostenfrei
Elefanten-Apotheke, Berlin SW., Leipziger Straße 74
am Dönhofsplatz — Fernsprecher: Zentrum 7192

Sommersprossen
verhütet und beseitigt
Sommersprossen-Gelbe
KOPP & JOSEPH BERLIN W. 50
Potsdamer Strasse 122



Bankengemeinschaft Darmstädter-Nationalbank

Bericht der Vorstandsmitglieder und der persönlich haftenden Gesellschafter der Bankengemeinschaft Darmstädter-Nationalbank

Die Deutsche Reichsmark wurde am 3. Januar 1921 in New-York mit 1,35 Dollar pro 100 M. bewertet, während derselbe Betrag deutscher Reichsmark am 31. Dezember 1921 54 1/2 Cents erforderte. New-York milderte als höchster Kurs des Jahres am 26. Januar diesen von 1,50 Dollar, dagegen am niedrigsten 33 Cents am 7. November 1921. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeigt, wie jene Entwicklung vor Augen zu haben, die unsere Wirtschaft an den drohenden Abgrund der Verelendung brachte. Die Wirtschaft der Welt und in erster Linie die deutsche Wirtschaft mußte auf Wegen wandeln, die nicht von den Gesetzen der Ökonomie, sondern von der seit dem Kriege herrschenden Politik bestimmt wurden. Die übermenschlichen Anforderungen der Reparations- und Londoner Ultimatum und vor allem die durch die gewaltsame Abtrennung des oberschlesischen Industriegebietes wirkten wie Atombomben auf unser wirtschaftliches Leben. Demgegenüber müssen wir die erstaunlichen Leistungen unserer Wirtschaft hoch bewerten, die durch Aufrechterhaltung, ja durch Steigerung eines ersten Arbeitwillens allen Gefahren und inneren Gefahren zum Trotz die Welt swangen, endlich am Jahresende den Grundriss der wirtschaftlichen Solidarität aller Völker als den bestimmenden Faktor der anzustrebenden Entwicklung anzuerkennen. Neben dem vielen Negativen des abgelaufenen Jahres liegt in dem Wachsen dieser Erkenntnis vielleicht das einzig Positive, denn die Fülle der wirtschaftlichen Probleme, die Kritik in der Produktion, im Konsum und im Geldwesen sind nicht mehr mit der Vernunft des Einzelnen zu bewältigen. Sie erfordern zentralistisch die Zusammenarbeit aller Völker. Nicht die Anstrichung neuer Scheitranen zwischen Siegern und Besiegten, sondern die schnelle Beilegung künstlich erzeugter Scheidewände kann die Welt vor wirtschaftsverwüstenden Umwälzungen retten.

Die Wirtschaftsbewegung Deutschlands im Jahre 1921 verläuft in ihrem äußeren Bild gerade das Ausland zu falschen Urteilen, die in einer starken Überschätzung unserer Möglichkeiten und Kräfte zum Ausdruck kamen. In dem erhöhten Beschäftigungsgrade unserer Industrie und auch in einem höheren Stande der Rentabilität auf vielen Gebieten von Handel und Gewerbe sah man rein zufällig und gemessen an der aus der Vorkriegszeit bekannten Methode die Zeichen einer gewaltigen aufsteigenden Konjunktur. Die Ursachen dieser Wirtschaftslage blieben jedoch eng zusammen mit dem Problem der Inflation und mit dem bedenklichen Anschwellen des Notennetzes und der Staatsschulden, die dem wirtschaftlichen Kreislauf eine künstliche, äußerlich sichtbare Schwankung verliehen. Im krassen Gegensatz hierzu ist jedoch keineswegs eine Erhöhung des Volkswohlstandes, sondern viel mehr die gewaltige Steigerung aller Preise und damit eine Verelendung des Lebensunterhaltes in einer bedrohlichen Form festzustellen. Das Produktionsergebnis und die Produktionsmöglichkeit reichen nicht aus, um die unserer Wirtschaft aufzuwagende Triebpflicht in Gold auch nur annähernd zu erfüllen, und die anfangs gegenübergestellten Zahlen der Wertbemessung der deutschen Reichsmark in Amerika zeigen deutlich, wie wir zum Ausgleich des nicht hinreichenden Warenverkehrs das Geldexport zu betreiben gezwungen waren.

Mit verhängnisvollen Unterbrechungen mußte sich an die deutsche Wirtschaft immer mehr der Inflation verschreiben. Der Begriff der großen Zahlen verlor auch im Laufe vielfach Verwirrung und verzerrte das spekulative Moment in unserer Wirtschaft in einem fast unerschütterlichen Maße. Besonders die Entwicklung an den Effektenmärkten unterliegt diesen Einflüssen und verursacht neben den berechtigten Erwartungen spekulative Ausschreitungen, die vor allem Dinge in einer unangelegenen Beteiligung unbefangener Kreise an der Börse zum Ausdruck kamen. Schon gegen Ende des Jahres trat infolgedessen hier eine Erfrischung ein, die sich im neuen Jahre in einem Grade fortsetzte, daß sich die Kurse von der sonstigen Umwertung aller Preise weit entfernten und mehr die allgemeinen Gefahren unserer Verhältnisse zum Ausdruck brachten. Die Börse sahle zuerst die ungünstigen Wirkungen der unabwehrbaren Entwicklung, die am Geld- und Kapitalmarkt durch das sich in den letzten Berichtsmomenten überstürzende Tempo der Inflationbewegung deutlich sichtbar wurde. Die früher wiederholt angestellte These, daß die Inflationbewegung eine längere und gefährlichere Geldspannung verhindert, wurde durch die Praxis erkräftigt. Die schwierigen Verhältnisse am Geld- und Kapitalmarkt setzten sich in verstärktem Maße im laufenden Jahre fort, und eine Zurückhaltung der bisherigen internationalen Politik müßte unsere Inflationsspannung in zahlenmäßig kaum zu lassendem Umfang beschleunigen. Dieses Problem erfordert die traurige Aufmerksamkeit und die besondere Kraftanstrengung der deutschen Bankwelt. Wenn aber die Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Solidarität der Welt in greifbarer Zukunft einen gewissen Wendepunkt für die Behandlung der uns in der Wirtschaft überall entgegenstehenden Probleme bewirkt, so wird der Stillstand und der Abbruch der Inflation erste neue Aufgaben erbringen, die eine teilweise Rüstung aller Wirtschaftsfaktoren bedingen.

Es kann im Zusammenhange hiermit nicht genug auf das seit der Kriegswirtschaft immer mehr außer Gebrauch gekommene Instrument des Warenwechsels hingewiesen werden, das zur Erleichterung der Geldverhältnisse wieder mehr in den Vordergrund treten sollte.

Die im Jahre 1920 hervorretzte starke Zusammenschlußbewegung nahm im abgelaufenen Berichtsjahre ihren Fortgang, und auch sie ist letzten Endes äußere Vorbereitung für zukünftige Entwicklungen, die eine Verteilung der Gefahren, eine Erhöhung innerer und äußerer Stabilität fordern. Im Jahre 1921 vollzog sich diese ergänzende Zusammenfassung von Kräften auch im

Bankgewerbe. Der größte Zusammenschluß auf diesem Gebiete betrifft unsere Institute, die sich durch die Generalversammlungen vom 26. November 1921 zur

Bankengemeinschaft Darmstädter-Nationalbank

vereinigten. Diese Gemeinschaft war aufgebaut auf dem Gedanken des wirtschaftlichen und organischen Zusammenfließens beider Institute, und die völlige Fusion war von Anfang an für den Augenblick vorgesehen, wo die Gesetzgebung die Schwierigkeiten beseitigen würde. Nachdem das geschehen ist, schlangen wir unseren Generalversammlungen eine Fusion in der Weise vor, daß wir unsere beiden Institute unter der Firma

Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien

vereinzeln. Nach Durchführung dieser Transaktion und nach Genehmigung unserer Jahresabschlüsse werden die separat gegen Überbrückungsgefahr bei beiden Instituten zehlfürten Schatzkassen überflüssig, und das Aktienkapital der Gesamtbank wird sich auf 600 000 000 M., die Summe der offenen Reserven auf 450 000 000 M. belaufen. Das Eigenkapital der Bank wird sich somit auf

1 050 000 000 M.

belaufen. Wir legen diesem Bericht eine Addition der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustkonten für das Jahr 1921 beider Institute an.

Die eingezetzten Beträge des Aktienkapitals und der Reservefonds sind entstanden durch die im Zusammenhang mit der eingegangenen Gemeinschaft erfolgten Kapitalerhöhungen, wodurch sich das Aktienkapital (abgegeben von den Schutzkräften beider Institute)

bei der Bank für Handel und Industrie auf	380 000 000 M.
der Reservefonds auf	190 000 000 M.
bei der Nationalbank für Deutschland auf	250 000 000 M.
der Reservefonds auf	150 000 000 M.

erhöhte. Die Reservefonds beider Institute werden in diesem Jahr durch Zuführung aus den laufenden Gewinnen um weitere 10 000 000 M. erhöht.

Die Bilanzfiguren zeigen die Wirkungen unserer Geldwirtschaft. Die bedeutende Steigerung der Kreditoren wird begleitet von einer entsprechenden Erhöhung aller Aktivposten.

Nur unsere eigenen Engagements in Effekten- und Konsortialgeschäften erscheinen ungelöst auf vorläufiger Höhe. Sie sind den Zeitverhältnissen entsprechend besonders vorsichtig bewertet.

In unseren Debitoren sowie in der Ziffer „Vorschüsse auf Waren- und Warenverpflichtungen“ tritt die in vorstehendem Bericht gekennzeichnete starke Jaanspruchnahme durch Handel und Industrie hervor. Das gleiche gilt von der Ziffer „Reports und Lombards“, deren Erhöhung zu einem Teil mit der Bevorschussung von Devisen für die Rohstoffbedürfnisse unserer Kundschaft zusammenhängt.

Der Posten „Darlehens Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen“ enthält unter anderem bei der Bank für Handel und Industrie die Beteiligung an der Bank und Wechselbank A.-G. „Mercur“, Wien, die durch die Kapitalerhöhung der Gesellschaft eine entsprechende Erhöhung erfährt. Die Bank und Wechselbank A.-G. „Mercur“ wird für das Geschäftsjahr 1921 20 Proz. Dividende verlieren. Bei der Nationalbank für Deutschland sind in diesem Posten z. B. die Beteiligungen an der Deutsch-Südamerikanischen sowie an der Deutschen Orientbank enthalten. Die Deutsch-Südamerikanische Bank hat ein Jahr recht günstiger Entwicklung hinter sich und wird für 1921 eine Dividende von 20 Proz. gegen 16 Proz. im Vorjahre ausschütten. Die Deutsche Orientbank hat sich den veränderten Verhältnissen entsprechend neuen Aufgaben zugewandt und erhöht im laufenden Geschäftsjahr ihr Aktienkapital auf 100 000 000 M. Die in diesem Posten gleichfalls verbotenen Kommanditbeteiligungen beider Institute an Bankfirmen werden für 1921 ebenfalls recht günstige Ergebnisse bringen.

Das Gebäudekonto enthält die eigenen Grundstücke und Gebäude von 119 Niederlassungen einschließlich der gesamten Einrichtungen. Die Bankengemeinschaft erwirb im Berichtsjahre an 36 Plätzen neue Grundstücke und Gebäude. Der Bilanzwert ergibt sich nach einer Abschreibung im Gewinn- und Verlustkonto von 40 576 189,09 M. bei der Bank für Handel und Industrie und von 5 477 339,33 M. bei der Nationalbank für Deutschland.

Das von der Bank für Handel und Industrie auf Verlangen der Entenstaaten im vaterländischen Interesse gemeinsam mit drei anderen deutschen Banken durch Unterzeichnung der sogenannten Reparationswechsel übernommene Obligo ist am Fälligkeitstage zur Erledigung gelangt.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt neben der starken Erhöhung der Einnahmesumme ein gewaltiges Anschwellen der Unkosten. Diese Entwicklung hält im laufenden Jahre in einem Umlage an, daß sie selbst durch eine weitere Erhöhung der Bankbedingungen kaum ausgeglichen werden dürfte.

Das Konsortial- und Effektenkonto war besonders lebhaft und bot zu zahlreichen Transaktionen Veranlassung. Die Gewinne hieraus sind zur Gewinnverteilung nicht hinreichend. Die Bankengemeinschaft war an 336 Geschäften, teils führend, teils mitwirkend beteiligt.

Die Gewinnverteilungsvorschläge der beiden Banken sind die folgenden:

a) Bank für Handel und Industrie:

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vortrages von 4 637 940,89 aus dem Jahre 1920) auf	877 992 232,38
davon ab:	
a) Verwaltungskosten	411 261 056,16
b) Steuern	36 183 424,25
c) Abschreibungen auf Immobilien u. Mobilien	40 876 189,09
	488 320 669,50
	389 671 562,88

Es wird beantragt, zuzuführen:

der besonderen Reserve	50 000 000,—
dem Fonds II für Altpensionäre	3 000 000,—
dem Pensionsversicherungsverein für höhere Beamte	1 500 000,—
der Pensionskasse für die Angestellten	1 500 000,—
	56 000 000,—
	333 671 562,88

davon sind zu zahlen:

die satzungsgemäßen Tantiemen für den Aufsichtsrat	2 200 000,—
verbleibt ein Uberschuß von	31 471 562,88
aus welchem die beantragte Dividende von 14 % zu entnehmen ist mit	20 800 000,—
während der Rest von	10 671 562,88
auf neue Rechnung übergeht.	

b) Nationalbank für Deutschland

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vortrages von 4 179 913,71 aus dem Jahre 1920) auf

266 781 599,37	
davon ab:	
a) Verwaltungskosten	155 983 010,25
b) Steuern	26 087 090,09
c) Abschreibungen auf Immobilien u. Mobilien	5 477 339,33
	187 487 439,67
	79 294 159,40

Es wird beantragt zuzuführen:

der freien Reserve	80 000 000,—
dem Beamten-Pensions- u. Unterstützungs-Fonds	3 000 000,—
	83 000 000,—
	26 294 159,40

davon sind zu zahlen:

die satzungsgemäßen Tantiemen für den Aufsichtsrat	3 243 243,25
verbleibt ein Uberschuß von	23 050 896,15
aus welchem die beantragte Dividende von 14 % zu entnehmen ist mit	21 000 000,—
während der Rest von	2 050 896,15
auf neue Rechnung übergeht.	

Es würden somit 140,— auf die Aktien von 1000,— und 168,— auf die Aktien von 1200,— zur Verteilung kommen.

Bank für Handel und Industrie, Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Adresse: Rosenheimer, Dr. Schacht, Dr. Behrmann-Schwarzbach, Goldschmidt, von Simson, Hacks, Dr. Strube, Bernhard, Dr. Rosh, Wittberg.

Es würden somit M. 140,— auf die Aktien von M. 1000,— und M. 60,— auf die Aktien von M. 250,— zur Verteilung kommen.

Bericht der Aufsichtsräte.

Durch den von uns bestellten Ausschuss sind die in den Anlagen dieses Berichts wiedergegebenen Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnungen eingehend geprüft worden; wir finden daserz nichts zu erinnern und erklären uns mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes bzw. der persönlich haftenden Gesellschafter in allen Teilen einverstanden.

Der Tod ist in den Kreis der Mitglieder der Aufsichtsräte beider Banken schmerzliche Lücken. Es verstarben

- am 10. Juli 1921 Herr Wirklicher Geheimer Oberfinanzrat O. Schmiedicke, Berlin,
- am 26. Dezember 1921 Herr Hermann Fricke, Osnabrück,
- am 15. März 1922 Herr Carl Pappas, Darmstadt,
- am 19. Mai 1922 Herr Geheimer Kommerzienrat Louis Grassfeld, Berlin-Beuthen.

Die Verwaltung der Bankengemeinschaft wird den Dahingegangenen ein dauerndes dankbares Gedächtnis bewahren.

Berlin, im Juni 1922.

Bank für Handel und Industrie

Der Aufsichtsrat: Dr. Riesser.

Nationalbank für Deutschland

Kommanditgesellschaft auf Aktien. Der Aufsichtsrat: Wittig.

Jedes Wort 3.00 M. Kleiner Anzeigen

Anzeigen für die nächste bis 4 1/2 Uhr nachm. in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkaufe

Schöne Korkkaffe, teils in 1/2, 2/3, 3/4, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100, 1/101, 1/102, 1/103, 1/104, 1/105, 1/106, 1/107, 1/108, 1/109, 1/110, 1/111, 1/112, 1/113, 1/114, 1/115, 1/116, 1/117, 1/118, 1/119, 1/120, 1/121, 1/122, 1/123, 1/124, 1/125, 1/126, 1/127, 1/128, 1/129, 1/130, 1/131, 1/132, 1/133, 1/134, 1/135, 1/136, 1/137, 1/138, 1/139, 1/140, 1/141, 1/142, 1/143, 1/144, 1/145, 1/146, 1/147, 1/148, 1/149, 1/150, 1/151, 1/152, 1/153, 1/154, 1/155, 1/156, 1/157, 1/158, 1/159, 1/160, 1/161, 1/162, 1/163, 1/164, 1/165, 1/166, 1/167, 1/168, 1/169, 1/170, 1/171, 1/172, 1/173, 1/174, 1/175, 1/176, 1/177, 1/178, 1/179, 1/180, 1/181, 1/182, 1/183, 1/184, 1/185, 1/186, 1/187, 1/188, 1/189, 1/190, 1/191, 1/192, 1/193, 1/194, 1/195, 1/196, 1/197, 1/198, 1/199, 1/200, 1/201, 1/202, 1/203, 1/204, 1/205, 1/206, 1/207, 1/208, 1/209, 1/210, 1/211, 1/212, 1/213, 1/214, 1/215, 1/216, 1/217, 1/218, 1/219, 1/220, 1/221, 1/222, 1/223, 1/224, 1/225, 1/226, 1/227, 1/228, 1/229, 1/230, 1/231, 1/232, 1/233, 1/234, 1/235, 1/236, 1/237, 1/238, 1/239, 1/240, 1/241, 1/242, 1/243, 1/244, 1/245, 1/246, 1/247, 1/248, 1/249, 1/250, 1/251, 1/252, 1/253, 1/254, 1/255, 1/256, 1/257, 1/258, 1/259, 1/260, 1/261, 1/262, 1/263, 1/264, 1/265, 1/266, 1/267, 1/268, 1/269, 1/270, 1/271, 1/272, 1/273, 1/274, 1/275, 1/276, 1/277, 1/278, 1/279, 1/280, 1/281, 1/282, 1/283, 1/284, 1/285, 1/286, 1/287, 1/288, 1/289, 1/290, 1/291, 1/292, 1/293, 1/294, 1/295, 1/296, 1/297, 1/298, 1/299, 1/300, 1/301, 1/302, 1/303, 1/304, 1/305, 1/306, 1/307, 1/308, 1/309, 1/310, 1/311, 1/312, 1/313, 1/314, 1/315, 1/316, 1/317, 1/318, 1/319, 1/320, 1/321, 1/322, 1/323, 1/324, 1/325, 1/326, 1/327, 1/328, 1/329, 1/330, 1/331, 1/332, 1/333, 1/334, 1/335, 1/336, 1/337, 1/338, 1/339, 1/340, 1/341, 1/342, 1/343, 1/344, 1/345, 1/346, 1/347, 1/348, 1/349, 1/350, 1/351, 1/352, 1/353, 1/354, 1/355, 1/356, 1/357, 1/358, 1/359, 1/360, 1/361, 1/362, 1/363, 1/364, 1/365, 1/366, 1/367, 1/368, 1/369, 1/370, 1/371, 1/372, 1/373, 1/374, 1/375, 1/376, 1/377, 1/378, 1/379, 1/380, 1/381, 1/382, 1/383, 1/384, 1/385, 1/386, 1/387, 1/388, 1/389, 1/390, 1/391, 1/392, 1/393, 1/394, 1/395, 1/396, 1/397, 1/398, 1/399, 1/400, 1/401, 1/402, 1/403, 1/404, 1/405, 1/406, 1/407, 1/408, 1/409, 1/410, 1/411, 1/412, 1/413, 1/414, 1/415, 1/416, 1/417, 1/418, 1/419, 1/420, 1/421, 1/422, 1/423, 1/424, 1/425, 1/426, 1/427, 1/428, 1/429, 1/430, 1/431, 1/432, 1/433, 1/434, 1/435, 1/436, 1/437, 1/438, 1/439, 1/440, 1/441, 1/442, 1/443, 1/444, 1/445, 1/446, 1/447, 1/448, 1/449, 1/450, 1/451, 1/452, 1/453, 1/454, 1/455, 1/456, 1/457, 1/458, 1/459, 1/460, 1/461, 1/462, 1/463, 1/464, 1/465, 1/466, 1/467, 1/468, 1/469, 1/470, 1/471, 1/472, 1/473, 1/474, 1/475, 1/476, 1/477, 1/478, 1/479, 1/480, 1/481, 1/482, 1/483, 1/484, 1/485, 1/486, 1/487, 1/488, 1/489, 1/490, 1/491, 1/492, 1/493, 1/494, 1/495, 1/496, 1/497, 1/498, 1/499, 1/500, 1/501, 1/502, 1/503, 1/504, 1/505, 1/506, 1/507, 1/508, 1/509, 1/510, 1/511, 1/512, 1/513, 1/514, 1/515, 1/516, 1/517, 1/518, 1/519, 1/520, 1/521, 1/522, 1/523, 1/524, 1/525, 1/526, 1/527, 1/528, 1/529, 1/530, 1/531, 1/532, 1/533, 1/534, 1/535, 1/536, 1/537, 1/538, 1/539, 1/540, 1/541, 1/542, 1/543, 1/544, 1/545, 1/546, 1/547, 1/548, 1/549, 1/550, 1/551, 1/552, 1/553, 1/554, 1/555, 1/556, 1/557, 1/558, 1/559, 1/560, 1/561, 1/562, 1/563, 1/564, 1/565, 1/566, 1/567, 1/568, 1/569, 1/570, 1/571, 1/572, 1/573, 1/574, 1/575, 1/576, 1/577, 1/578, 1/579, 1/580, 1/581, 1/582, 1/583, 1/584, 1/585, 1/586, 1/587, 1/588, 1/589, 1/590, 1/591, 1/592, 1/593, 1/594, 1/595, 1/596, 1/597, 1/598, 1/599, 1/600, 1/601, 1/602, 1/603, 1/604, 1/605, 1/606, 1/607, 1/608, 1/609, 1/610, 1/611, 1/612, 1/613, 1/614, 1/615, 1/616, 1/617, 1/618, 1/619, 1/620, 1/621, 1/622, 1/623, 1/624, 1/625, 1/626, 1/627, 1/628, 1/629, 1/630, 1/631, 1/632, 1/633, 1/634, 1/635, 1/636, 1/637, 1/638, 1/639, 1/640, 1/641, 1/642, 1/643, 1/644, 1/645, 1/646, 1/647, 1/648, 1/649, 1/650, 1/651, 1/652, 1/653, 1/654, 1/655, 1/656, 1/657, 1/658, 1/659, 1/660, 1/661, 1/662, 1/663, 1/664, 1/665, 1/666, 1/667, 1/668, 1/669, 1/670, 1/671, 1/672, 1/673, 1/674, 1/675, 1/676, 1/677, 1/678, 1/679, 1/680, 1/681, 1/682, 1/683, 1/684, 1/685, 1/686, 1/687, 1/688, 1/689, 1/690, 1/691, 1/692, 1/693, 1/694, 1/695, 1/696, 1/697, 1/698, 1/699, 1/700, 1/701, 1/702, 1/703, 1/704, 1/705, 1/706, 1/707, 1/708, 1/709, 1/710, 1/711, 1/712, 1/713, 1/714, 1/715, 1/716, 1/717, 1/718, 1/719, 1/720, 1/721, 1/722, 1/723, 1/724, 1/725, 1/726, 1/727, 1/728, 1/729, 1/730, 1/731, 1/732, 1/733, 1/734, 1/735, 1/736, 1/737, 1/738, 1/739, 1/740, 1/741, 1/742, 1/743, 1/744, 1/745, 1/746, 1/747, 1/748, 1/749, 1/750, 1/751, 1/752, 1/753, 1/754, 1/755, 1/756, 1/757, 1/758, 1/759, 1/760, 1/761, 1/762, 1/763, 1/764, 1/765, 1/766, 1/767, 1/768, 1/769, 1/770, 1/771, 1/772, 1/773, 1/774, 1/775, 1/776, 1/777, 1/778, 1/779, 1/780, 1/781, 1/782, 1/783, 1/784, 1/785, 1/786, 1/787, 1/788, 1/789, 1/790, 1/791, 1/792, 1/793, 1/794, 1/795, 1/796, 1/797, 1/798, 1/799, 1/800, 1/801, 1/802, 1/803, 1/804, 1/805, 1/806, 1/807, 1/808, 1/809, 1/810, 1/811, 1/812, 1/813, 1/814, 1/815, 1/816, 1/817, 1/818, 1/819, 1/820, 1/821, 1/822, 1/823, 1/824, 1/825, 1/826, 1/827, 1/828, 1/829, 1/830, 1/831, 1/832, 1/833, 1/834, 1/835, 1/836, 1/837, 1/838, 1/839, 1/840, 1/841, 1/842, 1/843, 1/844, 1/845, 1/846, 1/847, 1/848, 1/849, 1/850, 1/851, 1/852, 1/853, 1/854, 1/855, 1/856, 1/857, 1/858, 1/859, 1/860, 1/861, 1/862, 1/863, 1/864, 1/865, 1/866, 1/867, 1/868, 1/869, 1/870, 1/871, 1/872, 1/873, 1/874, 1/875, 1/876, 1